

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag
23. Februar 1925

Verlag und Anzeigenverteilung:
Gesellschaft 9-6 Ubr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Der Bannertag in Magdeburg. Ein Erlebnis von Hunderttausenden.

Zehntausende waren gestern aus dem Reich und Oesterreich nach Magdeburg zusammengeströmt, um den Siegstag des republikanischen Gedankens mitzuerleben. Viele von ihnen sind zwei Nächte durchgeföhren und sind am Sonntag Stunden auf Stunden durch die Straßen der Stadt marschiert. Aber sie finden sich für die überstandenen Strapazen reich belohnt durch ein Erlebnis, dessen gewaltigen Eindruck sie nun überall von Mund zu Mund weitertragen werden — wirksamer als das gedruckte Wort dies verdröchte!

Was die Stadt Magdeburg am Sonntag sah und was in ihr Hunderttausende von nah und fern mit durchlebten, das war viel mehr als ein „Bundesfest“, das war ein ungeheures Aufklammern des Befreierwillens, von Kampfestzug und Siegeszuversicht. Man hat am Sonntag in Berlin in einer Versammlung wieder einmal eine „Königliche Hoheit“ gefeiert. An Kataleingefinnung mangelt es immer noch nicht in unserem Lande. Aber die Kreise, die sich ersterbend vor verblichener Glanze beugen, hätten besser getan, in Magdeburg den Pulsschlag des republikanischen Lebens zu fühlen, dort der Stimmung der Massen zu lauschen, wenn anders sie Wert darauf legen, von dieser Stimmung irgend etwas kennen zu lernen. Von monarchistischer Devotion freilich hätten sie dort nichts gespürt.

Es wäre auch für andere nützlich gewesen, nach Magdeburg zu gehen. Man hätte den Doktor Luther einladen sollen, der heute Reichstanzler von Bürgerblocks Gnaden ist, oder den Innenminister Schiele, oder den Eidesverweigerer Neuhaus. Den ersteren ist die Stadt der Reichsbannergründung ja nicht ganz unbekannt. Aber sie hätten trotzdem mehr lernen mögen, als hundert gedruckte Berichte ihnen zu sagen vermögen. Denn an diesem Tag der Hunderttausende wurde es dem letzten Zweifler klar, daß der Gedanke republikanischer Solidarität in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß er durch nichts mehr ausgerodet werden kann.

Freilich zeigte sich gerade bei diesem Republikanertage die Schärfe der Klassengegensätze. Die Straßen der Bourgeoisie und der Geschäftswelt waren arm an Schmutz. Nur eine Winderzähl der Häuser war geslaggt — tells in Farben des Reichs, zum anderen Teil in den Stadtfarben grün-rot. Hier, wo das alte nationalliberale Bürgerium dominiert, hatte man demonstrativ eine Huldigung der Republik verweigert. Das war freilich nicht immer so. Als 1918 die Feldsoldaten in die heimatischen Garnisonen zurückkehrten, da gab es noch keine schwarzrotgoldenen Fahnen. Aber glitzernd um ihr kleines Leben, hingen damals viele der heute so Zurückhaltenden rote Wimpel an die schwarzweißroten Fahnen, die sie den Feldgrauen zum Gruß hinausstreckten. Damals bereiteten sie sich, aus Furcht vor der empörenden Masse, eine revolutionäre Sympathie zu heucheln. Heute glauben sie im Schatten des Bürgerblocks im sicheren Besitz zu sein.

Aber was bedeutete diese königliche Demonstration der Besitzbürger gegenüber der rührenden Opferfreudigkeit der „kleinen Leute“! Ging man vom Breiten Weg in eine Nebenstraße — und ihre hat Alt-Magdeburg so viele — so sah man erstaut und erfreut die Sorgfalt und Liebe, mit der die Armen ihre Häuser und ihre Cassen geschmückt hatten. Von einer Seite der Straße zur anderen zog sich ein Reih von Girlanden mit unzähligen Fähnchen in Schwarzrotgold. Wie sich von einem Profetarierherzen zum anderen ein Band der Zusammengehörigkeit zieht. Und in den Vorstädten gar, die jenseits des alten Festungsgürtels liegen, wo das Arbeiterheer der Industrie mit dem Kleinbürgerium sich in die Enge teilt, da war kein Haus, keine Straße ohne Girlanden und Fahnenerschmuck! Wo die Groschen vom fargen Wochenlohn abgepart werden müssen, da brachte man freudig Opfer für den großen republikanischen Gedanken, der im Reichsbanner sichtbaren Ausdruck gefunden hat.

Bei dem Festakt am Sonntag Vormittag hat Dr. Wirth auf diesen klaffenden Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden hingewiesen. Es galt nicht nur Magdeburger Wahlbürgern, wenn er sagte, daß die Geschäftsleute und Konzernnehmer ehrlicher Weise an ihre Firmenschilder schreiben sollte: „Dies hier verdanke ich der Demokratie!“ Denn ohne die demokratischen Gedanken wäre wahrscheinlich der Eigentumsbegriff in den stürmischen Nachkriegstagen ein ganz anderer geworden. Und die Herrschenden hätten heute nicht mehr die Möglichkeit gegen die Republik zu demonstrieren. So aber ist es gerade ihr besonderer Kummer, daß der republikanische Gedanke in den Herzen der Arbeitenden und Darbenden verankert ist. Gegen eine Republik, in der der Besitz schrankenlos herrsche, würden sie wahrscheinlich keine Einwendungen erheben. Aber daß in dieser Republik auch die arbeitenden Schichten gleiches Recht haben wollen und sollen, das ist ihnen ein Dorn im Auge.

Da waren Hunderttausende in Magdeburg, in Reich und Ostd, einigen Sinns in einigem Streben. Was sie sahen und erlebten, vergessen sie nicht. Sie kamen von weit her in Sonderzügen und sind inzwischen in ihre Heimat abgerollt. Sie finden dabei wie überall die Presse der Schmeideindustrie,

die der Republik Tag für Tag den Tod ansagt und die von dem großen Tag des Reichsbanners und der Republik nichts oder so gut wie nichts zu melden weiß. Aber sie, die den großen Tag im Inneren erlebt haben, werden Krieger der Weihe sein, die sie selbst empfangen. Und sie werden den Ruhm der Proletarier von Magdeburg im ganzen Reiche verbreiten, jener Proletarier, die ihnen nicht nur Gastfreundschaft in überreichem Maße boten, sondern vor allem die Farben der Republik so eindrucksvoll zur Geltung brachten, daß selbst die Kommunisten und Deutschnationalen sich schweigend ducken mußten.

Ein Jahr „Reichsbanner“ fand seinen Abschluß. Mehr als drei Millionen Republikaner sind in diesem Bunde organisiert. Der Aufstieg ist unaufhaltbar, weil die Idee der Republik den Lebensinteressen der Arbeit entspricht!

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag um 1 Uhr war der letzte Extrazug vor der Nachtbahn in den Magdeburger Bahnhof gerollt. Noch einmal hallte der Gleichschritt der Kameradschaften unter Trommeln und Weisenklang durch die Straßen. Dann wurde es still in der Innenstadt. Draußen aber in den Stadtquartieren herrschte weniger buntes Leben. Dort waren Quartierwirte, fast ausnahmslos kleine Leute, herbeigeeilt, um die Gäste in Empfang zu nehmen, dort harpte ihrer ein Empfang, der ihnen unversehrt sein wird. Die Magdeburger hatten wochenlang gespürt, um den Gästen aus dem Reiche aufzuwachen, was sie nur konnten. Und wenn die anmarschierenden Jüge in den Straßen hielten mußten, so öffneten sich die Fenster und herab regnete es von Haretten, Schokoladen, Blumen, Butterbröten usw. Von Schlaf und Nachtruhe war nicht viel zu spüren. Bereits morgen um 6 Uhr fuhren neue Extrazüge ein und neue Reichsbannerzüge streifen durch die Straßen.

Um 10 Uhr begann im Magdeburger Stadttheater vor geladenen Gästen und vor der österreichischen Delegation der Festakt mit eintretenden Vorträgen eines Männer- und eines gemischten Chors.

Nachdem die Chöre verklingt waren, ergriff als erster Redner

Oberbürgermeister Seims-Magdeburg

das Wort, hieß die erschienenen Gäste als die Vertreter der hunderttausend Reichsbannerkameraden auf das herzlichste willkommen und wandte sich mit einem besonderen Gruß an die Oesterreicher. Dieses Fest, so sagte der Redner, das erste Geburtstagsfest des Reichsbanners, muß als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Festigung des republikanischen Gedankens in Deutschland und Oesterreich bezeichnet werden. Magdeburg selbst kann in der Mehrheit seiner Bevölkerung als republikanisch gelten. Und die Gäste sollen sich in der Beurteilung der Bevölkerung auch nicht täuschen lassen durch den befreundenden Eindruck, den sie in der Innenstadt empfangen haben, wo fast kein Haus Flaggenerschmuck angelegt hat. Hingegen draußen, in den weit entlegenen Quartieren der Vorstadt, wo die Armen und Ärmsten, wo das wahrhaft schaffende und arbeitende Volk wohnt, dort hat man die Straßen zu Ehren der Freunde aus dem Reiche auf das schönste ausgeschmückt und dort schlägt auch das Herz für die Republik. In Magdeburg ist die Reaktion ebenso erstarrt wie in anderen Städten und die Kampfzornen der Reaktion haben zeitweilig ebenso häßliche und gemeine Formen angenommen, wie andernweit. Die Folge dieser niedrigen Verhehlung und Verleumdung sehen die Gäste: Sehr viele Geschäftsleute, die durchaus republikanisch, zum mindesten demokratisch sind, haben es aus allerlei Rücksichten heraus nicht gewagt, ihre Häuser zu schmücken, weil sie den Terror der Monarchisten fürchteten. Wir aber, die wir Magdeburg kennen, wissen, daß der Kampf gegen diese Reaktion von Erfolg gekrönt sein wird. Was uns jetzt not tut, sind die großen Richtlinien, nach denen der Aufbau des republikanischen Staates erfolgt. Wir brauchen ferner den Willen, sich freudig in aller Öffentlichkeit zu diesem modernen Staat zu bekennen. Wir glauben, das geschichtliche Werden richtig zu verstehen und zu werten, wenn wir versuchen, in die Herzen unserer Wähler die Ueberzeugung zu pflanzen, daß das Weltgeschehen des letzten Jahrzehnts nicht willkürlich gewesen ist, sondern eine geschichtliche Entwicklung darstellt aus Ursache und Wirkung. Und wenn wir uns auch darüber einig sind, daß der Hauptkampf und die Entscheidungsschlacht gegen die Reaktion noch bevorsteht und daß wir alle Kräfte daran setzen müssen, um für diesen Kampf gerappnet zu sein, so besteht doch für uns nicht der geringste Zweifel, daß wir den Kampf siegreich bestehen werden. In Magdeburg wie im Reiche, für unser Volk, für Europa, für die Menschheit. (Langanhaltender Beifall.)

Darauf ergriff das Wort

Bundsvorsitzender Hörsting:

Am letzten Dienstag hat sich in Dortmund das Grab über 136 Bergleute geschlossen, die ein Opfer der Naturgewalten geworden sind. 83 von ihnen gehörten unserem Bunde an. Ich stelle fest, daß Sie sich zum Andenken dieser braven Krieger, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen sind, von Ihren Plänen erhoben haben.

Im Namen und Auftrage des Bundesvorstandes heiße ich Sie, die Sie aus allen Ecken Deutschlands unserer Einladung gefolgt sind, herzlich willkommen! Eine besonders große Freude ist es uns, unsere Kameraden aus Oesterreich und ihren Bundesführer, den Kameraden Julius Deutsch, hier begrüßen zu können.

Heute vor einem Jahre ist in dieser Stadt unser Bund, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, gegründet worden. Wir sind also ein Jahr alt und feiern Geburtstag, ein Fest, das wir mit Stolz begehen können. Unser Bund ist erst fünf Jahre nach Kriegsende nach der Staatsumwälzung gegründet worden. Diese Tatsache ist Beweis genug, daß nicht Vereinsmiete das Motiv zur Gründung war. Man muß sich die nachkriegszeitlichen politischen Vorgänge vor Augen führen, um unser Entstehen, aber auch unsere Erfolge begreifen zu können. Die Parteien und Personen, die an dem unaufhaltbaren und unabwendbaren Zusammenbruch Deutschlands in so großem Maße beigetragen haben, lehnten die Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes ab. Statt dessen ergingen sie sich in den wüsten Beschimpfungen jener Männer, die im November 1918 Deutschland aus dem Chaos gerettet haben. Eine Welle der ablehigsten Verleumdungen ging über die Parteien der Weimarer Verfassung nieder.

Der Rapp-Puls

war die erste Frucht dieser rechtschloßgewisslichen Beschimpfungen und Verleumdungen. Dieser Bohninnstalt folgte die Bohnenbildung derer von rechts und links. Die Blinde von rechts und die roten kommunistischen Hunderttausenden von links, die wiederholten Aufstände, sind ein mehr als trauriges Kapitel dieser Zeit. Die Stunde des politischen Nordes zog in unser Land, der mehr als 400 Menschen zum Opfer fielen. Wer litt nicht heute noch vor Scham und Jörn, wenn man an die Morde von Eisener, Garbis, Erzberger, Dr. Rathenau, an den Mordversuch an Scheidemann denkt. Der Schande des politischen Nordes ist gleichzeitlich die Schande der geradezu verbrecherischen Radikalantifemismus, der selbst darob nicht juristischrecht, die Seele der Kinder in der Schule zu vergiften.

Die Vorgänge in Bayern

Die damit endeten, daß Monarchisten gegen Monarchisten kämpften. Ist ein nicht wieder beschämendes Kapitel. All diese und die zahllosen sonstigen politischen Wahnsinnstalten der sich wie zum Hohn „national“ Kennenden, die nichts weiter sind als Monarchisten, sowie der Kommunisten wären unmöglich gewesen, wenn nicht ehemalige Kriegsteilnehmer ihre physische Kraft diesen Parteien geliehen hätten. Ein Abgrund aber tat sich vor unseren Augen auf, als die Reichsorganisationen die ungläubliche Kühnheit, um nicht zu sagen Frechheit, befaßen und durch den Bundesvorsitzenden des „Stahlhelms“ über eine „Rationalis Diktatur“, also über einen glatten Verfassungbruch, mit dem damaligen Reichstanzler Dr. Stresemann, verhandeln. Die Tatsache, daß der Reichstanzler mit dem Stahlhelmsführer über die „Rationalis Diktatur“ verhandelt hat, statt diesen Mann sofort hinter Schloß und Riegel zu bringen, beweist, wessen die Monarchisten fähig waren und fähig sind. Erst als all diese politischen, Deutschland innen- und außenpolitisch schwer schädigenden Angelegenheiten passiert waren, da brach sich endlich bei den republikanischen Parteien die Ansicht Bahn, daß mit den, wenn auch noch so guten Parteiprogrammen wenig anfangen ist, wenn die Gegner der Republik neben ihren Parteiprogrammen eine brutale Verhehlung und die roteste Gewaltanwendung durch ihre Sturmbauern ungehemmt ins Treffen führen können. Diesem müßten Treiben der Kriegsteilnehmer, die sich als Gegner der Republik bekennen, mußte Einhalt geboten werden. Das aber war nur möglich durch Zusammenfassung aller jener Kriegsteilnehmer, die auf dem Boden der Republik der Weimarer Verfassung, stehen.

Wenn kam die Aufgabe zu, sich als physische Kraft vor die republikanischen Parteien und die Republik zu stellen. Das war der hauptsächlichste Grund, weshalb heute vor einem Jahre hunderttausend Männer aus allen Ecken Deutschlands in Magdeburg zusammenkamen und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, gründeten.

Die Rot unseres Volkes und die Erhaltung unseres Vaterlandes gebot diese Tat. Mit einem klaren Bundesstatut, das jede Gewalt, jede illegale Bewaffnung scharf ablehnt, aber den Gegnern der Republik keinen Zweifel läßt, daß wir die Republik, die republikanischen Behörden schützen, die Angreifer mit denselben Mitteln bekämpfen, schlagen, und wenn es sein muß, vernichten werden, treten wir an die Öffentlichkeit. Dabei im Lager der Republikaner, Bestürzung und Raslosigkeit bei den Gegnern war die Folge. Nachdem die Gegner sich vom ersten Schreck erholt, glaubten sie, uns mit Wipen und Spötteleien abtun zu können. Nach sechsmonatigem Bestehen standen zur Verfassungsfest am 10. August 14 Millionen Kriegsteilnehmer hinter unseren Fahnen. Die Wut unserer Gegner konnte keine Grenzen. Eine Welle von Verleumdungen, Beschimpfungen und Verleumdungen ergoß sich über uns. Nichts war schlecht genug, um uns zu verächtlichen, herabzusetzen, mit Schmutz zu bewerfen. Unser Schild ist jedoch nach jeder Hinsicht, auch in der Bekleidungs- und Geldfrage, das sage ich mit reinem Gewissen vor aller Öffentlichkeit, sauber und rein. Die Geldmittel unseres Bundes sind einzig und allein durch den Opfergeist unserer Kameraden und durch Spenden von Republikanern aufgebracht worden, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Trotz der wüsten Gegenpropaganda der vereinigten Monarchisten und Kommunisten wuchs unser Bund nach der Verfassungsfest gemächlich an.

Am 1. Oktober d. J. zählten wir . . . 2 1/2 Millionen.
am 1. Januar d. J. 2 1/2 Millionen.
und heute haben wir immer einschließlicher unserer braven, tapferen und sehr rührenden Jungbannerschaft die

Beitrag Million Mitglieder erreicht!

Das ist ein Erfolg des demokratisch-republikanischen Gedankens, dem kein Beispiel zur Seite gestellt werden kann. Unser Erfolg aber ist nicht nur das kolossale zahlenmäßige Anwachsen unseres Bundes. Unser Erfolg ist, daß im letzten Jahre Ruhe im Innern eintrat, unabhängige Menschen, ohne von den traurigen Ritzern vom Safer-

aus und Sewjerski angepöbelt zu werden, die Straßen betreten zu lassen, daß Verleumdungen der Parteien, Gewerkschaften und sonstiger Organisationen in Ruhe stattfinden können. Und wenn bei den Wahlen am 7. Dezember die republikanischen Parteien fast 2 1/2 Mill. Stimmen gewannen, so glauben wir hieron einen, wenn auch nur kleinen Anteil, auf unser Konto buchen zu können. Diese unsere unbefriedigten Erfolge haben uns die Anerkennung der republikanischen Parteien gebracht. Ein Aufschwung geht durch die Reihen der Republikaner. Aber zur selben Zeit richtet sich die ganze Wut und der ganze Haß der Feinde der Republik gegen uns. Von neuem werden wir, wie die republikanischen Parteien verdächtigt und mit Schmutz beworfen. Die Monarchisten und Kommunisten, gepöbelt mit dem Gelde der Großindustrie und des Großgrundbesitzes, mit dem Gelde einer ausländischen Regierung und anderen ausländischen Interessenten, bekämpfen uns mit allen Mitteln. Doch das ist zu ertragen, denn hiergegen können wir uns wehren, diese Angreifer werden wir zurückschlagen. Bedauerlich und traurig aber ist es, auszusprechen zu müssen, daß ein Teil der Polizei, die überaus große Wehrheit der Staatsanwälte und Richter, die alle Beamte der Republik sind, ihre monarchistische Einstellung nicht verbergen, sondern sie recht deutlich fühlen lassen. Haben die Republikaner ganz allgemein über einen Teil der Polizei und die Wehrheit der Justiz Urteile zu fällen, so haben wir als Reichsbanner, als die einzige Organisation der Kriegsteilnehmer, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung steht, uns nicht nur gegen Reichstagspräsident, sondern gegen eine Verfolgung aller schlimmster Art zu wehren.

Unzählige Anklagen gegen unsere Kameraden wegen aller möglichen, auch der ungläublichsten Delikte, die alle mit Freisprechung enden, dem Staat ungeheure Kosten aufbürden, unsere Kameraden um Arbeitslohn schädigen, sind eine alltägliche Erscheinung.

Prozessionen der Gegner, ja sogar die allerhöchsten Gesetzesverletzungen werden uns zur Last gelegt. Eine Anklage folgt die andere. Straßenräuber, ja sogar Totschläger im monarchistischen Lager werden, wenn sie die Lat gegen uns begangen, entweder nicht gefunden oder in Freiheit belassen, die Strafverfolgung verschleppt. So sieht die von Monarchisten ausgeübte Justiz der Republik gegen uns, gegen die Republikaner, aus. Ich bedauere es aufrichtig, aber diese Justiz zwingt uns dazu offen vor aller Welt auszusprechen zu müssen, daß wir Reichsbannerführer das Vertrauen zur Justiz restlos verloren haben. Mit Hilfe dieser Justiz und eines Teiles der Polizei fühlen die monarchistischen Gegner der Republik sich stark und mächtig. Heftigst arbeiten sie an dem Ausbau ihrer zahlreichen Organisationen. Mit Terror, Nötigung und ähnlichen krassesten Mitteln pressen sie Republikaner in den „Stahlhelm“ usw., besonders den Landarbeitern gegenüber werden die verwerflichsten Mittel brutal angewandt. Zu all diesen Feinden der Republik ist jetzt ein neuer Gegner hinzugekommen, er nennt sich „Junglandbund“. Die Söhne der Arbeiter, der Beamten in der Landwirtschaft, der von der Landwirtschaft abhängigen Kreise, dazu die unerfahrenen jugendlichen Landproletariat, sie alle werden in den „Junglandbund“ gepreßt, der bald eine neue Gefahr gegen die Republik sein wird. Denn diese Kreise haben die Geldmittel und ein weiteres Kampfmittel, von dem ich leider, unserer Justizverhältnisse wegen, nicht sprechen kann. So haben wir es mit einem übermächtigen Feinde von rechts zu tun. Der kommunistische „rote Frontkämpferbund“ hat sich als getreuer Helfer dieser Monarchisten durchaus bewährt im Kampfe gegen die Republik, gegen uns. Wir stehen allein neben den republikanischen Parteien. Nicht, daß wir verzagt sind oder den Feind von rechts oder links fürchten. Nein, wir stehen erhabensten Hauptes und sehen hoffnungsvoll in die Zukunft. Dazu gibt uns der Erfolg des ersten Jahres alle Veranlassung. Groß ist die Zahl der republikanischen Männer, die uns noch nicht angehören. Groß ist die Zahl der Bauern und Unerschlossenen, der Unpolitischen, die gewonnen werden können. Ungehört ist die Zahl der Jugendlichen, die für die Republik gewonnen sind in ihrem Geiste erzogen werden müssen. Mit Hilfe der republikanischen Parteien, mit Hilfe unserer unermüdbaren Kameraden werden wir im zweiten Lebensjahre des Bundes an diese große Arbeit herangehen.

Wir werden unsere Organisation ausbauen und festigen und sie zu einem unüberwindlichen Bollwerk der Republik, der republikanischen Parteien, machen.

Getreu unserem Bundesstatut wollen und werden wir eine überparteiliche Organisation bleiben. Unser Bund dient nicht einer politischen Partei, sondern er dient dem

demokratisch-republikanischen Gedanken, der gemeinsamen Gut aller republikanischen Parteien ist. Wir wollen keine Wutrede, keinen Bürgerkrieg. Wir wollen keine illegale Bewaffnung, keine Spielerei mit Waffen. Wir wollen die Auslösung des Volkes zu überzeugten Republikanern. Wir wollen den Volkswillen nicht verfehlen lassen.

Die Monarchisten sitzen zu Unrecht in den Regierungen, sie sitzen zu Unrecht in den Behörden und auf den Richterbänken. Die Republik kann und darf nur von Republikanern regiert und verwaltet werden.

Dieses hohe Ziel werden wir nur erreichen, wenn die deutsche Republik erhalten und zum Einheitsstaat zur Republik aller Deutschen ausgebaut wird. Die republikanischen Parteien können überzeugt sein, daß wir eine eigene Politik niemals treiben werden. Freudig aber werden wir die republikanische, im besonderen die Politik unterstützen, die die Republik Deutschland, unser Vaterland erhält, die Feinde der Republik zurückdrängt, Verwaltung, Justiz, Schule und Heer demokratisiert.

Mit diesem Gedächtnis werden wir unermüdblich auch im nächsten Jahre für ein republikanisches Deutschland arbeiten und kämpfen!

Als dritter Redner folgte

Reichstagspräsident Löbe:

Als ich am 25. Juli v. J. im Reichstag sagte, es werden Regimenter, es werden Brigaden, es wird eine Armee aus der Erde wachsen, die das republikanische deutsche Volk zur Verteidigung der Republik ausstellen wird, da habe ich selber kaum geahnt, daß sich dieses Wort so schnell bewahrheiten wird. Unser Reichsbanner hat in diesem ersten Jahre seines Bestehens die

erste Periode der monarchistischen Reaktionen zu Ende

geführt, die Periode der bewaffneten Wut und Kuffstände. Wir treten jetzt in die zweite Periode ein, nämlich die der Verhöhnung, der Verleumdung und der Vergiftung des öffentlichen Lebens. An die Stelle des Revolutionärs ist die Stinbombe getreten. Wir leben das bereits daran, in welcher insamer Weise Verleumdungen einzelner Personen in frecher Uebertreibung als typisch für die republikanische Anschauung bezeichnet werden. Jede begangene Verletzung muß selbstverständlich geahndet werden; aber alle diese Dinge reichen bei weitem nicht heran an die schweren und verhängnisvollen Fehler und Verstöße der früheren Reichsbannerführer. (Beifall.) Wir lassen unser heiliges Banner nicht beschmutzen und solange noch ein einziger Reichsbannermann den Schatz der Feinde umspannt, wird es nicht eingerollt werden. (Gandanhaltender stürmischer Beifall.) Wie unerhört zynisch und ziellos die monarchistische Presse arbeitet, sieht man daran, daß sie nicht einmal Halt macht vor der durch und durch ehrenhaften redlichen Person des Reichspräsidenten, daß sie ehrenhafte und laute Charaktere wie Dr. Ratz und Essering herabzuziehen sucht. Wir tadeln deshalb diesen Männern zu:

bleibt fest in Preußen!

(Zofender Beifall.) Wir haben aber auch eine Erziehungsaufgabe vor uns. Jedes Mitglied muß erfüllt werden mit einem neuen Geist. Jeder muß bereit sein, Opfer zu bringen. Auch in Frankreich sehen wir, daß ehrliche Republikaner haben schwere Opfer bringen müssen. Erst jetzt ist ein Mann wie Calliaux in seine geliebte französische Heimat zurückgekehrt. Wir sind gern bereit, Männern wie diesem die Hand zur Begrüßung der Völker entgegenzustrecken. Wir müssen aber auch an die vielen ehrlichen Republikaner und Demokraten in Frankreich und England die Bitte richten, uns zu glauben, daß unter unserer Wirtshaft nicht ein Herz schlägt, das neuen Militaristengeist ertübt.

Wir wünschen den Feinden mit dem Ausland, aber wir brauchen auch Freiheit zur Selbstbestimmung unseres Geschlechts

und wir brauchen diese Freiheit besonders für unsere deutsch-schlesischen Brüder. Das zweite Jahr des Bestehens des Reichsbanners ist angebrochen, es wird nicht nur den Bund, sondern auch die Republik unüberwindlich machen. (Stürm. Beifall.) Dann sprach

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth:

Mein Glückwunsch und mein Heißtut gilt den Freunden und der Freundschaft, gilt unserem deutschen Vaterland und seinem arbeitstüchtigen Volk, gilt der deutschen Republik. Wir haben mit dem Bund gehört, daß Magdeburger Geschäftsleute kein Verständnis für die Republik und den republikanischen Gedanken haben. Aber das gilt nicht nur für die Magdeburger Geschäftsleute. Diese Kreise sollten doch ganz genau wissen, und wenn sie es vergessen haben sollten, müssen wir sie daran erinnern, daß, als das alte Reich

aus den Fugen brach, die Republik für sie die Erhaltung ihres Lebens und die Sicherung ihrer Existenz bedeutete. In den kritischen Tagen haben sie das alle erkannt, die Geschäftsleute, die Industriellen und die Agrarier. Und nicht wenige haben es der Republik in Wort und Schrift gedankt. Deshalb müßten sie heute, wenn sie ehrlich sein wollten, auf ihre Firmen- und Geschäftsküchler schreiben: „Was wir haben, verdanken wir dem demokratischen Staat.“ (Gandanhaltender Beifall.) Unsere Aufgabe ist es jetzt, den neuen Staat nicht nur zu halten, sondern ihm auch Inhalt zu verleihen und ihn auszugestalten zu einem Staat der sozialen Gerechtigkeit, der allgemeinen Volkswohlthat, des Friedens und der Völkerverbrüderung. Wer nur einmal in Deutschland den Satz über seine Lippen gebracht hat: „Ich bin ein entschiedener Republikaner!“, der weiß, wie er sich an dem Tage, an dem es sich um diesen, von mir ersehenen Staat handelt, zu verhalten hat. Es ist nicht unsere Pflicht, Macht gegen Macht zu setzen, denn wir sagen, „das ist die Macht“. Die große Aufgabe, die uns bevorsteht und um die überhaupt die Kämpfe der nächsten Monate gehen, ist es, auf parlamentarischem Wege eine gerechte Verteilung der von uns aus der Liquidierung des verlorenen Krieges übernommenen Lasten und Verpflichtungen durchzuführen, eine Verteilung, die dem Schutz der nationalen Arbeit dient, die aber auch Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeitenden, ihrer Familien und ihrer Nachkommen schützt. Für ein neues Hochschulsystem und Brauereisystem sind wir nicht zu haben. Hatte Reichspräsident Ebert im November 1918 nicht ausgeharrt, dann wären die Grundlagen unseres Rechts zusammengebrochen, die östliche Traumwelt hätte uns empfangen und in ihr wären auch die letzten noch stehengebliebenen Reste in Trümmer gegangen. Deutschland wäre für alle Zeit gewesen. So sehr wir uns aber auch für die Erhaltung der Grundlagen des Rechts einsetzen, so sehr müssen wir eine Vergötterung der rein materiellen Macht, wie sie von den großen wirtschaftlichen Konzernen betrieben wird, ablehnen. Gegenüber den egoistischen materiellen Interessen dieser Konzerne vertreten wir im Reichsbanner den Gedanken des deutschen Idealismus. Wir wissen, daß wir einen dornenvollen Weg gehen werden, aber wenn die Republik ruft, werden wir zur Stelle sein. Wir begrüßen besonders unsere Brüder in Desterreich, weil wir wissen, wie schwer sie zu kämpfen und zu leiden haben. Nur gemeinsam mit ihnen werden wir unter dem Banner Schwarz-Rot-Gold einem neuen, einigen und hoffentlich auch glücklicheren Deutschland entgegengehen. (Gandanhaltender Beifall.)

Abgeordneter Dr. Haas

wendet sich zunächst mit dankenden Worten an den Oberpräsidenten Hüring. Er erinnert daran, daß Hüring es gemessen ist, der bei der Abstimmung in Oberschlesien mit Einsetzung all seiner Kraft für Deutschland getämpft und gestrebt habe. Ihm müssen wir es auch danken, daß er in dem Reichsbanner eine mächtige Schutzorganisation für die Republik aufgebaut hat. Die Republik, die wir mit dem Reichsbanner schützen wollen, sieht aber doch wohl etwas anders aus, als jene die sich vorstellte, die sich die Form der Republik allenfalls gefallen lassen, aber heute schon alles daran setzen, um trotz der Form die Macht wieder in die Hände zu bekommen. Um dann, unter dem Deckmantel der Republik mit dem deutschen Volk schalten und walten zu können, wie es ihnen beliebt, um die alte Katastrophensituation und die Rechte der privilegierten Klassen aufrechtzuerhalten zu können. Wir müssen eine Demokratie des Herzens schaffen, und dazu müssen wir in den eigenen Reihen Erziehungsaufgabe leisten. Zwar sind wir selber in Not und haben es nicht leicht, aber unsere Brüder in Desterreich sind in noch größerer Not. Die Lösung, die unsere großen wirtschaftlichen Fragen in St. Germain und Versailles gefunden hat, kann keine ewige sein, denn wir müssen heute schon mit eigenen Augen ansehen, wie unsere deutschen Stammesbrüder in Desterreich geistig und wirtschaftlich langsam, quatsch zugrunde gehen. Auch ihnen muß dasselbe Recht zugestanden werden, das alle Nationen haben, nämlich das Recht auf nationale Selbstbestimmung, in diesem Falle das Recht auf Anschluss an das Deutsche Reich. In diesen Wünschen sind wir mit unseren Brüdern in Desterreich ganz einig. Wir sind mit ihnen aber auch einig, daß eine solche deutsche Zukunft nur machen und blühen kann auf dem Boden der deutschen Republik.

General a. D. Freiherr v. Schönau

rednet der schwarzweissen Reaktion ihre Sünden und ihr Schuldlos vor und erinnert daran, daß uns die Finanzkalamität Helfferichs recht eigentlich in das wirtschaftliche Unglück hineingebracht habe. Unter dem brausenden Gelächter des ganzen

Begegnung.

Von Hans Gustav Wagner.

Wir sind damals, 1915, ein paar Wochen nebeneinander durch den polnischen Dreck marschiert. Wochen, die danach waren, daß man seinen Nebenmann kennen lernte mit allem, was drin und dran war. Und trotz dieser heutigen Begegnung — ich möchte auch jetzt noch einen Eid drauf ablegen: es war nichts drin und es war nichts dran. Seinen Namen hatte ich nicht vergessen. Wohl deshalb nicht, weil er mir als eine so überaus glückliche Symbolisierung seines Wesens erschienen war. Er hieß Brei. Im ganzen genommen ein Mensch, so uninteressant, so farblos, so durch und durch nichtslegend, wie ihn die Natur in souveräner Gleichgültigkeit eben hervorbringt, wenn sie auf jegliche Mühe, auch der kleinsten persönlichen Artgebung, von vornherein verzichtet hat. Nicht gerade also, daß er als vollendeter Duffel gegolten hätte. Nein, er war sozusagen überhaupt nicht, weder im Guten noch im Schlechten. Er war ein luftleerer Raum. Man empfand gar nicht, ob er vorhanden war oder nicht. Er war keines Menschen Glück oder Unglück; er war die absolute Indifferenz. Zwischen Pöbeln er im Ziell befehlerte, weiß ich nicht. Niemand hat sich veranlaßt gefühlt, danach zu fragen. Denn was er auch sein möchte — es war nicht anders denkbar, als daß er nur eine gänzlich nebensächliche und belanglose Rolle spielen konnte. Er war der Durchschmitt (und zwar auf der unteren Linie menschlicher Geistesrichtungen) in Reinkultur, der geborene Statist. Ich sage das ohne die geringste Böswilligkeit. Man hatte keinen Haß und keine Liebe für ihn. Und heute, also nach fast zehn Jahren, sah ich ihn wieder. Ich hatte eine Wanderung gemacht, wie man sie macht, wenn man sechs Wochentage an der Kette zwangsmäßigen Broterwerbs gelegen hat — war durch den Wald gekommen und ging nun den Weg am See entlang. Der See links, rechts ein paar Bissen von der Art, wie sie die Großen und Emporgehobenen der Erde bewohnen. Und wie sie auch mir — warum soll ich es leugnen! — nicht gerade schlecht zugehen würden. (Aber der Teufel hole mich vor'm nächsten Sonntag noch, wenn er mich je auf spießerhaftem Reid ertappt!) Ein Auto kam hinter mir her, stoppte kurz am Eingang einer dieser Villen ab; ein Herr und eine Dame stiegen aus. Die Dame: elegant, hübsch, schüßig (sehr hübsch — eine von den Frauen, die man sich jedenfalls nur in einer solchen Villa leisten kann) — der Herr: Lapp, der Lapp des guffittierten — glatt zugegeben: auch bestsituierten Bürgers. Ich habe ihn auf den ersten Blick erkannt. Trotz der bestechenden Aufmachung. Trotz aller guffittierten Freitopfer. Man vergißt nicht so leicht das noch so alltäglichste Gesicht (und bei Gott, es hatte sich in diesem Punkte nicht verändert!), wenn man mit dem Träger

wochenlang durch den polnischen Dreck marschiert ist. Es war Brei. Zum Ueberflus habe ich hernach an der Gartentür auch noch seinen Namen gelesen.

Er reichte der Dame mit der glücklichen Selbstverständlichkeit des Besitzers den Arm — ich sehe noch ihr fast demütig bereites Nicken — hinter einer unendlich gelangweilten Miene — dann ist das Tor hinter ihnen zugeklappt.

Diese Geschichte hat keine Moral. Es soll auch nichts damit behauptet oder bewiesen werden.

Aber eine Viertelstunde lang habe ich gedacht — und vielleicht denke ich es in diesem Augenblick wieder: wie dumm — himmlischer Vater, wie schauderhaft dumm und unbegabt muß unsereiner doch sein!!

Goethe-Fest des Sprech-Chors der Universität.

Das kleine „Theater am Kurfürstendam“ war nur mäßig besetzt. Doch der Erfolg trotzdem sehr bedeutend war, beweist die Stärke der Leistung. Solch ein Sprech-Orchester ist etwas ganz Wundervolles, eingehend wurde über seine Möglichkeiten vor kurzem hier an dieser Stelle gesprochen.

Nur schade, daß Goethe gerade für Massen-Sprechmusik doch nicht der vollendete Komponist ist und es übrigens auch gar nicht sein kann. Seine Chöre sind doch nur irgendwas in der Handlung notwendige Vielgespräche, will er Leskes und Leskes legen, zieht er im allgemeinen das Herausstreiten der Individualität vor. Nicht immer aus den Gründen der alten Klassiker bediente sich Goethe klassischer Mittel. Und als Lyriker ist er wieder zu musikalisch, um in den Grenzen des Sprechwortes freizubleiben zu können.

Gegenwärtig, Gegenwart! Es gab eine Zeit — vor Belling — da mochte man den Chor, weil er „häufigere Gelegenheit zu poetischen Schönheiten“ gebe und weil er „das angereicherte und schlichteste Mittel sei, dem Zuschauer nützliche Lehren beizubringen“. Wir aber verzichten darauf, uns poetische Schönheiten und nützliche Lehren aufzwingen zu lassen; Wirkung muß sich von selbst einstellen. Im Jahre 1925 wird der moderne Sprechchor die Absicht der Alt- und Neuklassiker nicht voll erreichen können. Die im Programm verlangte „Wiederbelebung“ der monumentalen dramatischen Poesie wird naturgemäß nur eine historische Angelegenheit bleiben. Tempo und Spannung unserer Tage, der heisse Fieberatem in den Städten und heutiger weltweiter Ideen Stoßstrom bilden dem Geist die Materie, aus der die im wesentlichen noch zu schaffende Dichtung für den modernen Sprechchor möglich ist.

Die Wahl des Stoffes der Matinee wurde durch seine Bedingtheit gerechtfertigt. So grotesk es klingt: Goethe ist diesmal durchgefallen, der Chor hat bestanden, Dr. Wilhelm Lehmann, der Leiter, gestiegt. Prachtvoll, wie der seine Leute im Zug hat. Schrei wird nie zum Gebrausch, Weiches und Warmes nie zum Gesang. Einmal wie zum Einfall. Die Schlußszene aus „Faust II“ (mit Knochen) war am schönsten, sehr passend wirkte auch der übergeteilte Chor bei der Walpurgisnachtsszene. Sehr gut gliederten sich in ihren Solopartien Karl Ebert, Lothar Rühel und Franze Roloff ein, während Anne Marie Loose sich überschrie, schimmer noch: sich überschrie.

Und dann war es nicht gerade sehr natur- und bühenkundig, daß eine der jungen Damen ihren roten Jumper am weiten Horizont, der bald in zartem Frühlicht und bald in mildem abendlichen Dämmer fraktile, aufgehängt hatte. Denn der Horizont, der weist ins Endlose und Ewige, der Jumper aber bestenfalls bis zu Sandorj. Erich Gottgeireu.

Der Männerchor Fichte-Georgina kam diesmal mit einem Konzert, das ganz volkstümlicher Kunst gewidmet war. Der Chor selbst war unter Musikdirektor Knöchels Leitung von vorzüglicher Besetzung in allem, was Klang, Stimmung, Wortbehandlung und Disziplin anbelangt. Allein dem gut besetzten ersten Tenor wünscht man einen höheren Grad von Verschmelzungsfähigkeit und Klangreinheit. In der Auffassung schien alles auf eine zart zurückhaltende, scharfe Plastik verweidende Art gestellt zu sein. Nicht immer zum Besten. Besonders in den letzten Chören hätte man ein größeres Maß an frischem Zupacken wohl vertrogen. Das bekannte „Lieben bringst groß' Freud“ gewinnt bei seiner Wandlung vom berben Markschied zum sentimental, empfindsamen Küßstück nicht. Es löst dabei sein Bestes ein: die ursprüngliche Frische primitiver Musik. Für ein Quartett aus Vereinskingsliedern fanden die Darbietungen der Herren Ebert, Manz, Hirschfeld und Rühning auf beachtlicher Höhe. Das Niveau der Zugaben freilich war familiärer Unterhaltungsniveau, nicht aber „Konzertsaal“, wenn es dieser doch nun einmal sein muß. Frau Gertrud Woldmann sang mit seltener Sopranstimme Volkslieder und Kinderlieder. Mit Gewinn hätten in das Programm wohl eine Anzahl älterer Volkslieder hineingezogen werden können. Sie hätten ihm mehr Leben, Schlagkraft und Eindringlichkeit verbürgt. Wie weit die Liederkunst, zeitlich und geistig um Slicher herum, und die aus dem individualistischen Geiste lottent Jahchogens herausgeborene Männerchorkunst späterer Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts allein uns jensein kann, bleibt immer zweifelhaft, ebenso wie die Verantwortung der Frage, ob diese zum großen Teil reichlich sentimentale, kempersonliche Kunst uns — die wir schlichte, einfache, aber ausdrucksstarke und gemeinschaftsbildende Werte lergende Form unseres Annenlebens in allen Künsten suchen und allem schmachthigen Ueberflus abgeneigt sind — noch genug geben kann, um einen solchen dreiten Plog zu genießen. S. G.

Sollort in der Volkshöhe. Am Sonntag, 1. März, mittags 11 1/2 Uhr, spielt die Vokalltruppe auf Einladung der Volkshöhe im Theater am Bülowplatz Beethoven's „König Rocco“. Einchortus um Preis von 1 R. sind in den Verkaufsstellen der Volkshöhe (Wienstrasse 27, Köpplerstr. 66, Kleische Theaterkasse usw.) zu haben.

Goethe-Bühne (Theater in der Klosterstraße). Die erste Aufführung unter der neuen Direktion Robert Viel findet am 25. 8 Uhr abends statt. Gegeben wird das Schauspiel „Raskin“. In der Titelfolge gollert Ferdinand Bonn.

Im Verein für Deutsche Kunstwerke spricht am 25. abends 8 Uhr, im Hofsaal des alten Kunstgewerbe-Museums, Erzbischof Albrecht-Strasse 70, Reichstagsplatz Dr. Redtke über Maurische Architektur und Gartenkunst. Eintritt frei, eine kleine noch Substanten, mit Vorkablen, Eintrittskarten am Zaunhangen.

Ernung der Klostergemeinschaft durch die Stadt Amsterd. Für die in Amsterd amtierenden Künstler der Berliner Staatsoper personallie die Stadt Amsterd im Rathaus einen offiziellen festlichen Empfang.

Hauses erinnert er auch daran, daß von den 23 Deutschen Herren samt ihren Wintern, Freunden und Freundinnen am 2. November nicht einer mit dem Säbel in der Faust an den Stufen des Thrones ihrer Väter gestorben sei. In den Novembertagen haben Junker und Schlotbarone für den Sieg einer demokratischen Republik gebetet. Heute wollen sie nichts mehr davon wissen. Wenn sie heute mit den alten Beamten, die die Republik leider behielten, die Republik bekämpfen, so gibt es nur ein Mittel dagegen: den stahlharten Willen, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen. Drei Millionen Mitglieder hat das Reichsbanner. Hinter diesen stehen aber die vielen Millionen der Familienangehörigen und Freunde. Diese gilt es, gleichfalls für die Republik zu gewinnen. Angesichts dieser gewaltigen Armeen von Republikanern brauchen wir, so schwere Kämpfe uns auch noch bevorstehen, keine Sorgen zu haben, daß wir nicht zuguterletzt doch zu einem inneren und äußeren Frieden kommen.

Als letzter Redner sprach

Nationalrat Dr. Julius Deutsch:

Zum ersten Male marschiert heute eine Abteilung des deutsch-österreichischen Republikanischen Schutzbundes auf reichsdeutschem Boden. Wir sind gekommen, um dem Gründungsfest des Reichsbanners beizuwohnen. Aber unser Besuch ist keine Angelegenheit der Höflichkeit. Wir wollen damit befehlen, daß wir mit Ihnen eines Sinnes sind, daß wir ebenso wie Sie, kämpfen für die Erhaltung der Republik gegen die Reaktion. Und wir wollen es aussprechen, daß alle diejenigen, die mit Gewalt gegen uns vorgehen wollen, auf die Gewalt des Volkes stoßen werden. (Großer Beifall.) Es herrscht bei uns Deutschen in Oesterreich ein gewaltiger Drang, wieder heimzukommen zum Reich, klar und deutlich wie nie zuvor, ist uns in den letzten Jahren zum Bewußtsein gekommen, daß es die niemals zu tilgende Schuld der Hohenzollern und der Habsburgischen Dynastien gewesen ist, das große deutsche Volk brutal in zwei Teile zu spalten, schließlich zu dem Zwecke, um ihre persönlichen, materiellen Hausmachtsinteressen zu fördern.

Die Dynastien haben blutige Feinde entsetzt, aber das deutsche Volk hat es mit seinem Blut bezahlen müssen.

Am deutschen Volk hat immer die Sehnsucht nach Einheit geherrscht, aber keine Fürsten haben es nicht gelitten, daß dieser Wunsch in Erfüllung ging. Nun haben wir die Republik in Oesterreich und in Deutschland, und nur sie schließt in sich die Möglichkeit der Vereinigung aller Deutschen. Über Deutschösterreich ist an den Vertrag von St. Germain gebunden, und ich muß von dieser Stelle aus an die großen demokratischen Reiche jenseits des Rheins und des Kanals die Worte richten:

Wir wollen nicht zurück in den habsburgischen Kerker, sondern wir wollen heimkehren in das große deutsche Einheitsreich.

Dieser Anschluß bedeutet für den Westen keine Gefahr. Denn durch diesen Anschluß werden alle demokratischen und republikanischen Friedens- und Versöhnungsgedanken gestärkt. Bei uns ist in Stadt und Land die große Masse der Bevölkerung im Herzen republikanisch. Wir wissen und werden es niemals vergessen, wach und wachsend die Monarchie für uns gebracht hat. Unser Wunsch und unser Ziel ist, vom Rhein bis zur Nordsee, von den Karawanken bis zur Ostsee ein einziges einheitliches deutsches Volk in einer deutschen Republik. Nicht Preußen und nicht Oesterreich, gut Wind und gut Gesicht der deutschen Republik. (Lobender immer sich erneuernder Beifall.)

Im Anschluß an die Rede gab Oberpräsident Hörning unter dem Beifall der Anwesenden bekannt, daß die Regierungen von Preußen, Baden und Anhalt Vertreter entsandt und daß der preussische Minister Severing seine Sympathie mit der Kundgebung zum Ausdruck gebracht habe. Der Oberpräsident dankte sodann allen Teilnehmern, besonders aber der republikanischen Presse für die Unterstützung, die sie der Veranstaltung geleiht haben. Und er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik. Ein Festteilnehmer brachte sodann ein gleichfalls begeistert aufgenommenes dreifaches Frei Heil auf den Bundespräsidenten Hörning und den Bundesvorstand aus. Mit der von der Kapelle des Stadttheaters gespielten Beethoven'schen Symphonie-Dumetille schloß diese feierliche Veranstaltung.

Nach den Ansprachen.

Während der Feier im Stadttheater fanden für die einzelnen Kameradschaften Sonderveranstaltungen in etwa 20 Sälen statt. Sodann begann die Auffstellung der Kameradschaften zum Marsch nach dem Domplatz. Aus allen Stadtteilen marschierten die unabsehbaren Züge, geleitet von Trommlern und Pfeifschören und Musikkapellen auf den Festplatz zu. So weit man blicken konnte, strahlte ein wallendes Meer von hundertern und aberhundertern von schwarzrotgoldenen Fahnen. Nach einem besonderen Aufmarschplan des Polizeiobersten Hardt vollzog sich der Ein- und Aufmarsch in ausgezeichneter Ordnung.

Als sich der Aufmarsch vollzogen hatte, mahnte ein Trompetensignal zur Ruhe und Oberpräsident Hörning, Reichstagsler a. D. Hermann Müller-Franken, Reichstagsabg. Kretschmer, Dr. Riffka vom Windthorst-Bund sowie Dr. Pöschel-Wien erinnerten noch einmal in kurzen Ansprachen an die Bedeutung des Tages. Die fernigen Ausführungen wurden mit Begeisterung entgegengenommen und vor allem der Vorschlag, dem Reichspräsidenten Ebert eine Adresse zu übermitteln, fand freudigen Widerhall. Darauf vollzog sich der Aufmarsch mit derselben bewundernswerten Disziplin wie der Aufmarsch. Der Reichsbannerzug machte insgesamt etwa eine Weglänge von 15 Kilometern aus. Von 2 Uhr bis in den sinkenden Abend dauerte der Vorbeimarsch in höchster Reue vor dem Bundesvorstand des Reichsbanners. Bundesleiter Hörning, General Schönaich und Oberbürgermeister Lupe-Rürnberg waren Gegenstand lebhafter Huldigungen. Mit schmetternder Musik und wehenden Fahnen — es mochten deren 1700 sein — ging es durch die Straßen, teilweise unmittelbar wieder zum Bahnhof, teilweise in die Standquartiere, wo das Fest mit einem Ball seinen Abschluß fand. Ununterbrochen rollten nach Abschluß des Reichsbannerzugs die Expresszüge nach allen Richtungen des Reiches aus den Hallen des Magdeburger Bahnhofes, eine sehr große Aufgabe, deren Lösung die Betriebsinspektion der Magdeburger Reichsbahndirektion trotz ihrer Schwierigkeit reibungslos bewältigte.

Die „Gegendemonstration“!

Die „rote Fahne“ nennt den Verlauf des Reichsbannerzugs täglich, findet die Teilnehmerzahl von 120 000—150 000 viel zu hoch gegriffen und erzählt von einer „gewaltigen“ kommunistischen Gegendemonstration. Wir müssen leider zugeben, daß bei solchen Massenaufläufen wie dem des Reichsbanners in Magdeburg eine genaue Zählung unmöglich ist. Da war die SPD in einer glücklicheren Lage. Sie hatte auf einem Magdeburger Platz eine Gegendemonstration veranstaltet und konnte die herbeigeströmten „Massen“ bis auf den letzten Mann zählen. Es waren nämlich 48 (achtundvierzig).

Gründungsfeier in Bremen.

Bremen, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am ersten Bundesstag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die Bremer Ortsgruppe des Reichsbanners eine imposante Kundgebung für die Republik und ihre junge Schutzorganisation veranstaltet. In dem von besonders reaktionär eingestellten Schwarz-Weiß-Kräften beherrschten Bremen ist am Sonntag zum ersten Male eindrucksvoll gezeigt worden, daß die Bremer Republikaner gemäß sind, durch die Tat die Republik gegen

ihre vielen Feinde zu verteidigen. Voruntags fand in der Martini-Kirche eine überfüllte Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges statt, in der Genosse Pastor Felden ein Antikriegsgebet vortrug und Polizeioberleutnant Georges-Hamburg die Ansprache hielt; außerdem wirkten Arbeiterjäger und einige Musikkapellen bei dieser kirchlichen Feier mit. Im Anschluß an diese Feier formierte sich das Reichsbanner, das aus den Ortsgruppen der Bremer Umgegend noch verstärkt wurde, zu einem Umzug, dem sich die SPD, Bremens und die Arbeiterjugend anschloß. Der mehrere tausend Personen starke Zug, in dem sich außer Reichsbannerleuten Spielleute einer Musikkapelle befanden, marschierte durch einen Teil der Stadt zum Bahnhofplatz, wo an die vieltausendköpfige Menge eine Ansprache gehalten wurde. Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die Republik schloß die Kundgebung, die die Kommunisten vergebens zu stören versucht hatten. Nachmittags fand in dem größten Bremer Saal eine ernste Feier statt, in der Kamerad Georges-Hamburg wiederum die Ansprache hielt. Der Höhepunkt dieser von Regitatorinnen, Arbeiterchören und Orchestermusik umrahmten Feier war die Ueberreichung einer aus dem Jahre 1848 stammenden schwarz-rot-goldenen Fahne der allen organisierten Bremer Zigarrenmacher an das Reichsbanner. Auch diese Feier war überfüllt. Der gestrige Tag war für die Republik in Bremen ein voller Erfolg.

Das Reichsbanner in Berlin.

Feier im Saalbau Friedrichshain.

Während in Magdeburgs Straßen Zehntausende Reichsbannerleute für die Republik und für ein Großdeutschland demonstrierten, versammelten sich die, die die Fahne nach Magdeburg nicht mitmachen konnten, im Saalbau Friedrichshain, um hier den Gründungstag der republikanischen Schutzorganisation festlich zu begehen. Als die Fahnenkompanie in den Saal einzog, waren sämtliche Plätze besetzt. Carl Ebert vom Staatstheater brachte Freilicht's martige Verse „Schwarz-Rot-Gold“ meisterhaft zu Gehör. Mehrere tausend Hände dankten impulsiv. Der Redner, Reichstagsabgeordneter Genosse Pöschel, von starkem Beifall begrüßt, gedachte einleitend der Opfer der Grubenkatastrophe in Dortmund. 78 von ihnen waren Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Es muß höchste Billigkeit der Regierungen und Volksvertreter sein, darauf hinzuwirken, daß derartige Unglücksfälle künftig vermieden werden. Die Versammelten hatten sich zu Ehren der Grubenopfer von ihren Plätzen erhoben. Im weiteren Verlauf seiner Rede hob Genosse Pöschel noch die zwingende Notwendigkeit des Gründungsaktes des Reichsbanners hervor. „Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ Wieder ertönt stürmischer Beifall. Am Schluß des Referats wies der Redner auf die symbolische Handlung der Reichsbannerleute hin, die in Magdeburg die Grenzspalte, die die Herzen der Einzelstaaten trugen, verbrannt hatten. Wäge das endlich wahr werden, was sich dort vollzog. Dabei stimmten die Anwesenden in das Hoch auf die deutsche Republik ein. Die „vaterländische Stimme“ von Haselün, vom Komponisten selbst dirigiert, beschloß die eindrucksvolle Feier.

Augenmaß!

Dem Organ Stresemanns ins Stammbuch.

Die „Zeit“, das Organ des Außenministers und früheren Reichkanzlers Stresemann, befaßt sich in einem Ueberblick der E. Sp. gezeichnet ist, mit so ziemlich allen politisch wichtigen Fragen. Wir greifen zwei heraus: die 700-Millionen-Affäre und die Rede Hilferdings in Grenoble:

Zum ersten schreibt die „Zeit“:

„Am Reichstag hat die Erörterung über die Ruhrzweckfrage zu einer völligen Isolierung der Sozialdemokraten und damit zu einem moralischen Siege des Kabinetts geführt. Vergeblich versucht die demokratische großstädtische Presse, die sich dieser Dinge in besonders nachsichtiger Weise angenommen hat, die Tatsache zu verwischen, daß alle Parteien mit Ausnahme der Demokraten, der Sozialdemokratie und der Kommunisten die grundsätzliche Entschädigung der Reparationslieferungen der Industrie einmütig gebilligt haben.“

„Es ist unerhört, daß Herr Lemmerloh in der „Völkischen Zeitung“ von der „moralischen Schuld des Ruhrstandals“ zu sprechen wagt.“

Von einer „Isolierung“ der Sozialdemokratie in der Reichstagsdebatte kann nur sprechen, wer jedes Augenmaß verloren hat. Es gab allerdings eine Isolierung: Herr Luther und Herr Stresemann waren isoliert von einer politischen und moralischen Rechtfertigung. In der Frage der Billigung des Grundgesetzes der Entschädigung gibt es unter allen Parteien keine Differenz — auch hier konstruiert Herr E. Sp. eine Isolierung, um die Frage zu verdrängen. Die grundsätzliche Billigung solcher Entschädigung ist untrennbar verknüpft mit jeder staatsbefehlenden Politik, sie ist eine Selbstverständlichkeit. Es geht deshalb um das Ausmaß und den Vergleich der Beitragsfähigkeit der beteiligten Gruppen und des ganzen steuerzahlenden Volkes gegenüber dem Staat. Daraus ergeben sich die moralischen Wertungen. Hier verließ Herr E. Sp. jedes Augenmaß. Moralischer Sieg des Kabinetts? Das kann nur schreiben, wer kein Augenmaß für die große soziale Problemstellung hat, die mit der Auseinandersetzung über den Ruhrstandal unloslich verknüpft ist. Sonst könnte Herr E. Sp. nicht schreiben:

„Es mag bedauerlich sein, daß die Auszahlung der Entschädigungen an die mittleren und kleineren Betriebe länger auf sich warten läßt, als die an die großen Konzerne. Das hängt im wesentlichen damit zusammen, daß die großen Konzerne in ihrer strengen Zusammenfassung eine Einheit darstellen, mit der leichter zu verhandeln ist als mit der Vielheit von einzelnen Firmen, bei denen naturgemäß auch jede einzelne Forderung nachgeprüft werden muß.“

Den großen Konzernen glaubt man jede Forderung, und sei sie noch so hoch — bei den kleinen aber muß jede einzelne Forderung nachgeprüft werden. Das ist die Gerechtigkeit unter dem Gesichtswinkel des Herrn Stresemann und der „Zeit“!

Zum zweiten! Die „Zeit“ hatte gemeinsam mit der übrigen Reichspresse jene freche Fälschung der Rede Hilferdings in Grenoble veröffentlicht und ohne Prüfung der Richtigkeit Hilferding angegriffen. Nun schreibt Herr E. Sp.:

„Wir haben uns bei dieser Kritik auf Telegramme bezogen, die uns über die Ausführungen Hilferdings zugegangen waren und die dahin lauteten, daß Hilferding den Franzosen empfohlen habe, der heutigen Regierung außerpolitische Konzessionen nicht zu machen, weil es sich um eine Rechtsregierung handle. Wenn diese Behauptungen tatsächlich, so gelautet hätten, wie uns berichtet wurde, so wäre die daran geknüpfte Kritik durchaus berechtigt gewesen. Wir haben aber von autoritativer Seite erfahren, daß

Dr. Hilferding diese Ausführungen nicht gemacht hat, und wir glauben zu der Auffassung berechtigt zu sein, daß seine Ausführungen in Grenoble sich durchaus in der Linie gehalten haben, die mit der Grundtendenz unserer Außenpolitik übereinstimmt. Wir stehen deshalb nicht an, die an seine Äußerungen geknüpften Kritik zurückzunehmen.“

Das ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Wo bleibt die Entschuldigung? Hat man in der „Zeit“ kein Augenmaß dafür, daß es eine jämmerliche Unanständigkeit ersten Ranges ist, einen politischen Gegner einer Haltung zu beschuldigen, die mit seiner ganzen politischen Auffassung, seiner politischen Haltung in der Öffentlichkeit, mit der Stellung seiner Partei zur Räumungsfrage in schneidendem Widerspruch steht? Man hat Hilferding einer unehrenhaften Haltung beschuldigt, ohne nachzuprüfen, ob die Berichte, die unwahrscheinlich genug waren, echt waren. Und nun — keine Entschuldigung, nur: „wie nehmen die Notiz zurück“. Das ist alles!

Gerechtigkeit und die Ehre des Gegners: das sind Dinge, für die das Organ des Herrn Stresemann kein Augenmaß hat!

Stadtverordnetenwahlen in Rommes.

Starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen.

In der Nachbargemeinde Rommes haben am gestrigen Sonntag die ersten Wahlen für das Stadtparlament stattgefunden. Zu wählen waren 32 Stadtverordnete gegenüber 36 Gemeindevorstellern, die früher in der Dorfverwaltung von Rommes saßen. Von allen Parteien haben nur die Sozialdemokraten bedeutend an Stimmen gewonnen. Ein vorbeiführender Aufschrei für etwaige notwendig werdende Neuwahlen zum preussischen Landtag! Der Sieg der Sozialdemokraten ist aber auch aus dem Grunde von besonderer Bedeutung, weil die Sozialdemokratische Partei im Wahlkampf für sich allein dastand, während die Bürgervereinigungen ein Konglomerat von Völkischen, Deutschnationaler Volkspartei, Zentrum und Christlichsozialer Partei darstellte. Sie haben zusammen 4370 Stimmen erhalten, während sie bei den letzten Kommunalwahlen am 4. Mai 1924 7018 Stimmen erhalten hatten. Auf die Sozialdemokraten entfielen gestern 4667 und im Mai 4067 Stimmen. Die Kommunisten bekamen 1924 1808 und gestern 1183 Stimmen. Die Demokraten erhielten gestern 870 Stimmen. Das erste Stadtparlament von Rommes wird sich zusammensetzen aus 13 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 14 Bürgervereinigungen und 3 Kommunisten. Im alten Dorfparlament saßen 12 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten und 19 Bürgerklubabgeordnete. Die Wahlbeteiligung war gestern nicht so groß wie am 4. Mai 1924. Wahlberechtigt waren damals 17 724, von denen 13 061 gewählt hatten. Gestern betrug die Zahl der Wahlberechtigten 17 215 und die Zahl der abgegebenen Stimmen 11 540. Bei der Reichstagswahl am 7. Dezember wurden abgegeben für die Sozialdemokraten 5378, für Kommunisten 1653, für die Demokraten 849 und für den Christlichsozialen 6079 Stimmen. Also auch im Vergleich mit der letzten Reichstagswahl haben die Sozialdemokraten prozentual gut abgeschnitten.

22. Februar 1925.

Bürgervereinigungen (Völk., Deutschn., Christl., etc.)	4370 Stimmen	= 14 Mandate
Sozialdemokraten	4667	= 16 Mandate
SPD	4667	= 16 Mandate
KPD	1183	= 3 Mandate
Summe	8930	= 16 Mandate

Wahlberechtigt waren 17 215
Abgegebene Stimmen 11 540

4. Mai 1924.

Deutschnationaler	4067	= 16 Mandate
Bürgerklub (D. Volksp., Zentrum, Christl., etc.)	1881	= 6 Mandate
Völkische	558	= 1 Mandat
Summe	6506	= 23 Mandate
SPD	4067	= 16 Mandate
KPD	1808	= 6 Mandate
Summe	5875	= 17 Mandate

Wahlberechtigt waren am 4. Mai 17 724
Abgegebene Stimmen am 4. Mai 13 061

Gemeindewahlen in Thüringen.

Die Sozialdemokratie behauptet.

Weimar, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in ganz Thüringen die Gemeindewahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 60 bis 75 Proz. Sowie sich die bisher vorliegenden Ergebnisse übersehen lassen, hat die Sozialdemokratie ihren Bestand vom 7. Dezember behauptet. In Weimar erhielten: Sozialdemokraten 3337, vereinigte bürgerliche Rechte 3377, Rechte 868, Kommunisten 1177, Bauernliste 695, Aufwertungspartei 1777, Völkische 793, Demokraten 1482 Stimmen.

Eilenhof. Es erhielten an Stimmen: Sozialdemokraten 6460, Kommunisten 1413, USP 466, Demokraten 1337, Bauernliste 1130, Aufwertungspartei 633, bürgerliche Einheitsliste 17 740.

Altenburg. Sozialdemokraten 11 444, Bürgerliche 9615, Kommunisten 793, Demokraten 1613.

Gera. Sozialdemokraten 20 013, Kommunisten 4259, Demokraten 1762, vereinigte Bürgerliche 22 347. Gewählt sind 18 Bürgerliche, 14 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten. Söbber gehörten dem Stadtrat an 14 Sozialdemokraten, 17 Bürgerliche und 4 Kommunisten.

Jena. Sozialdemokraten 6872, Kommunisten 4400, Demokraten 3160, vereinigte Bürgerliche 10 237. Gewählt sind: Sozialdemokraten 10, Kommunisten 6, Demokraten 5, Bürgerbund 14. Die Zusammensetzung des Stadtrats bleibt unverändert.

Ulpoda. Sozialdemokraten 2357, Kommunisten 855, Völkische 184, Bürgerliche 6153, Rechte 719.

Gotha. Sozialdemokraten 1576, Kommunisten 6034, Demokraten 1275, Völkische 1834, Bürgerliche 9919. Gewählt sind: Sozialdemokraten 2, Kommunisten 10, Völkische 3, Demokraten 2, Bürgerbund 17. Die bürgerlichen Parteien haben einen Sitz gewonnen.

Brantings schwere Krankheit.

Stockholm, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Zustand Brantings hat sich im Laufe des Sonntag so sehr verschlechtert, daß die Ärzte von einem operativen Eingriff, den sie für nötig halten, abgesehen haben. Es ist für die nächsten Stunden das Schlimmste zu erwarten.

Eine weitere Nachricht aus Stockholm spricht von einer leichten Besserung, gibt aber leider auch kaum noch Hoffnung, unseren Genossen Branting am Leben zu erhalten.

Kreditgeschäfte der Ordnungszelle.

Die Spekulationskredite der bayerischen Staatsbank.

München, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den bisherigen Feststellungen beträgt der Spekulationskredit der Bayerischen Staatsbank an die Fürther Ruco-Werke über 500 000 Goldmark, für die seit über Jahresfrist weder Zinsen noch Provisionen gezahlt worden sind. Da der kleinere Teil dieser 800 000 M. durch eine Sicherungshypothek gedeckt ist, handelt es sich um einen eventuellen Verlust der Staatsbank von mehr als 1 Million Goldmark. Der Direktor der Staatsbank, der diesen Kredit vermittelt, wurde nach Bekanntwerden des Geschäftes seines Postens enthoben. Neuerdings wird auch eine Prüfung darüber angestellt, ob die Staatsbank auch an den tiefen Verlusten der Bayerischen Girozentrale — man spricht vor vorläufig 6 Millionen Mark — beteiligt ist. Die Girozentrale ist ein unter bayerischer Staatsaufsicht stehendes Institut, das die Gelder der Gemeinde- und Sparkassen verwaltet. Der Verlust, den der bayerische Staat bei der Uebergabe der bayerischen Staatsbetriebe an die Deutschen Werke A.-G. durch Verschleuderung und Verschlebung von hochwertigen Rohmaterialien erlitten hat, beziffert sich allein beim Werk Amberg auf 1 360 000 M. Gemisse Angestellte, die damals (1920) in diesem Werke tätig waren, wurden von der Direktion verpöndelt, niemals etwas über die für diese Schleibungen angefertigten Inventarlisten bekanntzugeben. Da die damals tätigen Treuhänder für den bayerischen Staat noch zu fassen sind, ist zurzeit noch nicht festzustellen.

Die Kölner Frage.

Erst Verhandlung unter den Alliierten, dann mit Deutschland über den Garantievertrag.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ schreibt, daß man im französischen Auswärtigen Amt zwar mit Genehmigung von der Abicht Chamberlains, nach Paris zu kommen, Kenntnis genommen habe, daß aber offiziell noch kein festes Zusammenkunft zwischen dem englischen Außenminister und Herriot vereinbart worden sei. Dagegen habe die französische Regierung in London bereits wissen lassen, daß sie unter keinen Umständen eine Einmischung Deutschlands in die Erörterungen über den Kontrollbericht und die Räumung Kölns zulassen werde, denn über die Durchführung des Friedensvertrags hätten die Alliierten allein zu entscheiden; wenn dagegen ein Garantievertrag erörtert werden solle, dann sei die Hinzuziehung Deutschlands, ähnlich wie im Sommer in London, notwendig.

Im gleichen Blatt veröffentlicht Senator de Jouvenel einen Artikel, in dem er ausführt, daß 6 Jahre nach Friedensschluß weder das Problem der Abrüstung noch das der Sicherheit eine Lösung gefunden habe. Daraus zieht er die Schlussfolgerung, daß Frankreich, so lange der Garantievertrag nicht abgeschlossen sei, weder Köln räumen noch an einer neuen Abrüstungskonferenz teilnehmen werde.

Amerika für Erhaltung der Zeppelinwerft.

Washington, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Senator Capeland kündigte an, daß er im Senat beantragen werde, die Regierung zu ersuchen, bei der Botschafterkonferenz offiziell Einspruch zu erheben gegen eine Verletzung der Zeppelinwerft in Friedrichshagen, die „eine Katastrophe für die ganze Welt“ wäre. Amerika beabsichtigt, eine eventuelle Zerstörung der Werft als eine Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands aufzufassen, was gegen die Interessen der Gläubiger Deutschlands aus dem Danzig-Abkommen verstoße.

Ein Dawes-Abkommen für Frankreich?

Amerikanischer Druck auf Frankreich.

New York, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Dem Senat ist eine Vorlage zugegangen, durch die den Banken verboten werden soll, den Ländern, die bis jetzt noch keine Regelung ihrer im Kriege gemachten Schulden in den Vereinigten Staaten vorgenommen haben, weiterhin Anleihen zu gewähren. Diese Vorlage richtet sich offensichtlich in erster Linie gegen Frankreich und Italien. Dagegen hat General Dawes in Chicago vor Bankiers den Gedanken erörtert, ob nicht auch für Frankreich ein Dawes-Komitee am Platze sei, das nachzuprüfen hätte, ob Frankreich überhaupt in der Lage ist, seine Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten zurückzuzahlen, oder ob es nicht besser wäre, wenn man ihm seine Schuld erließ.

Deutsch-polnische Optantenjagd.

Jeder vertreibt die Optanten für den Andern.

WILN, meldet: Nach Meldungen der polnischen Presse, die durch Berichte der deutschen Konsulatsbehörden in Polen bestätigt werden, haben die polnischen Behörden gemäß Artikel 12 § 2 des deutsch-polnischen Abkommens vom 30. August v. J. den noch in Polen befindlichen deutschen Optanten die Aufforderung zugesandt, das polnische Staatsgebiet innerhalb der vertraglich festgelegten Fristen zu verlassen. An nachgeordneten Stellen ist hierbei in einer Reihe von Fällen angegeben worden, die polnische Regierung mache nun ihrem Recht, die Abwanderung der deutschen Optanten zu verlangen, deshalb Gebrauch, weil die deutsche Regierung bereits polnische Optanten aus Deutschland ausgewiesen habe.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die deutsche Regierung von vornherein die Absicht hatte, ihr Verhalten gegenüber den polnischen Optanten in Deutschland, deren Abwanderung zu verlangen die deutschen Behörden berechtigt sind, abhängig zu machen von dem Verhalten der polnischen Regierung gegenüber den deutschen Optanten in Polen. Dies ist auch schon Anfang Januar der polnischen Regierung von dem deutschen Gesandten in Warschau mitgeteilt worden. Bisher war noch nicht einem einzigen polnischen Optanten in Deutschland die Abwanderungsaufforderung zugeföhrt worden. Nunmehr aber haben die deutschen Behörden Anweisung erhalten, den polnischen Optanten die Aufforderung zugehen zu lassen, das Reichsgebiet innerhalb der vertraglichen Fristen zu verlassen, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß die deutsche Regierung von diesem ihrem Rechte Gebrauch macht, weil den deutschen Optanten in Polen bereits die Abwanderungsaufforderungen zugegangen seien.

Gewerkschaftsbewegung

Bedrohliche Lage im Ruhrrevier.

Bogum, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der durch die gezielten Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen und die anlässlich des Unglücks auf „Minister Stein“ zur erregten Erörterung gebrachten Klagen der Bergarbeiter, sowie durch das Kartellsystem und nicht zuletzt durch neue schwere Differenzen innerhalb des Kohlenindustrials angefallene Konfliktsstoff stellt die Kohlenindustrie des Ruhrgebietes vor neue Erschütterungen. Die Kollagen, unter denen die Ruhrkohlen A.-G. leidet, werden verursacht durch die neue Abfahrtsordnung, die in den letzten Tagen recht bedrohliche Formen angenommen hat. Eine Anzahl Mitglieder versucht deshalb, zur Verringerung einiger Bestimmungen des Syndikatsvertrages zu gelangen. Die Auswirkung dieser Situation ist heute noch nicht zu übersehen. Die Abfahrtsordnung ist so stark, daß umfangreiche Forderungen eingelegt werden müssen. Darnach die Abfahrtschwierigkeiten, wie man befürchten muß, noch längere Zeit an, dann wird die Lage für die reinen Zechen sehr schwierig. Was trifft besonders für den Fall zu, daß zu diesen Abfahrtschwierigkeiten noch Preisschwierigkeiten hinzukommen. Einen offenen Kampf können die reinen Zechen nicht aufnehmen, da die gemischten Werke einen Teil ihrer Förderung schon vorweg abgeben haben, während die reinen Zechen ihre Förderung noch verkaufen müssen. Die Folge dieser Zustände wird also sein, daß die reinen Zechen hartem, hiberna, die Staatszechen usw. sich ebenfalls Verbrauchern angliedern müssen, wenn die Abfahrtschwierigkeiten bestehen bleiben. So ist der Ausblick in die nächste Zukunft für die Werke selbst als auch für die Arbeiterschaft sehr trübe.

Die Christlichen rechnen ab.

Dortmund, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern Abend fand im hiesigen Evangelischen Bürgerhaus eine von über tausend Arbeitern, Angestellten und Beamten besuchte Massenversammlung der Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Der Hauptredner, der Zentrumsabgeordnete Imbusch, drückte die Hoffnung aus, daß das durch die Grubenkatastrophe auf Zeche „Minister Stein“ gemachte Interesse an der Bergarbeiterchaft Deutschlands auch in Zukunft erhalten bleibe. Die Großindustriellen der westlichen Kohlenindustrie hätten sich in sozialer Beziehung als besonders rückständig erwiesen. In der Resolutionszeit hätten sie sich zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitern bereit gefunden und im Jahre 1923, als ihnen aus dieser Arbeitsgemeinschaft kein Nutzen mehr erwuchs, Hunderttausende von Arbeitern einfach auf die Straße geworfen und dem Hungertode preisgegeben. Die Arbeitgeber hätten jede Grundlage einer gemeinsamen Arbeit mit den Arbeitnehmern zerstört, so daß die Arbeiter jetzt das Vertrauen zu ihnen verloren hätten.

Eine Hebung der Produktion könne auch niemals durch Kürzung der Arbeitslöhne und Verlängerung der Arbeitszeit, sondern nur durch Schaffung einer besseren Betriebswirtschaft und anständiger Arbeitslöhne und -bedingungen, die eine leistungsfähige Arbeiterschaft garantieren, erreicht werden. In dieser Beziehung sei das Ausland vorbildlich. Die Lage der deutschen Kohlenindustrie sei durchaus nicht so unglücklich, daß sie bei gutem Willen nicht die unbedingt erforderlichen Lohnsätze zahlen könnten. Die Arbeiter und Angestellten hätten ebenfalls ein Recht auf menschenwürdige Behandlung. Die Führer der Gewerkschaften seien fest entschlossen, über die Frage der Ruhrkredite rückhaltlos Unterstützung zu verschaffen. An die Arbeiter riefen er die Mahnung, sich nicht durch Verdankensgenossen verleiten zu lassen.

18 000 Metallarbeiter im Kampf.

Die Unternehmer verbreitern die Kampffront.

Bielefeld, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Bielefelder Metallindustrie, in der es in den letzten Jahren infolge der schärfmacherischen Haltung der Unternehmer dauernd garte, ist ein steifer Wirtschaftskampf ausgebrochen. In welchem Maße sich der Konfliktsstoff angesammelt hatte, bemies die Kollision über den vom Schlichter gefällten Schiedsspruch am letzten Mittwoch. Es stimmten gegen die Annahme des Schiedsspruches 11 589, dafür nur 490. Da die Unternehmer in ihrer ablehnenden Haltung meinet verharren, haben am Sonnabend mittag auf Anweisung der Gewerkschaftsleitung die Arbeiter der fünf Großbetriebe, nämlich Darrkopff-Werke, Unter-Werke, Goeride-Werke, Koch und Adler-Röhrenmaschinenwerke in Höhe von 7000 Mann die Arbeit niedergelegt. Daraufhin haben die Unternehmer die Entlassung der Arbeiterschaft ausgesprochen und nach bolschewistischem Muster die Kampffront dadurch verbreitert, daß sie bis zum Montag mittag 12 Uhr auch die Arbeiterschaft der nicht beteiligten Betriebe ausgesperrt haben. Damit dürfte sich die Zahl der Streikenden auf 18 000 belaufen.

Der Lohnstreit in den Meiereien von neuem entbrannt.

Der vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 18. d. M. gefällte Schiedsspruch für die bei der Meierei Bolke beschäftigten Kutscher, Meiereiarbeiter, Handwerker usw. ist in der am Sonnabend stattgefundenen Urabstimmung von der Belegschaft abgelehnt worden. Damit ist auch der Lohnstreit bei der Milchlieferungs-gesellschaft, bei der bereits ein Streikbeschluß vorliegt, erneut in ein akutes Stadium getreten, da die Gesellschaft die Anerkennung der mit ihr vereinbarten Löhne davon abhängig machte, daß auch der Schiedsspruch bei der Meierei Bolke angenommen wird. Ob erneute Verhandlungen noch zu einer Verständigung führen können, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Vereinbarung in der bayerischen Metallindustrie.

München, 23. Februar. (WILN.) Nach langwierigen Verhandlungen wurde unter Vermittlung des Staatsministeriums für soziale Angelegenheiten zwischen dem Verband Bayerischer Metallindustrieller einerseits und der bayerischen Bezirksleitung der Deutschen Metallarbeiterverbände, des Christlichen Metallarbeiterverbandes und dem Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter andererseits eine Lohnvereinbarung geschlossen, die von den beteiligten Verbänden heute unterzeichnet wurde. Nach dieser Vereinbarung fällt der bisherige Lohnzuschlag von 15 Proz. ab 23. Februar 1925 fort. Die einzelnen Stundensöhne für alle in den Betrieben des B. d. M. am 23. Februar 1925 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

werden in folgender Weise erhöht: Bei den Hocharbeitern um 24 Proz., bei den angelernten Arbeitern und Arbeiterinnen um 25 Proz. und bei den ungelernen Arbeitern und Arbeiterinnen um 28 Proz. unter Auf- und Abrundung auf ganze oder halbe Pfennigbeträge. Weiter steht die Vereinbarung auf den in der Zeit vom 3. Februar bis 23. Februar 1925 erzielten Gesamtverdienst einschließlich des bisherigen Zuschlags von 15 Proz. einen nachzahlenden Zuschlag von 7 Proz. vor. Die soziale Zulage beträgt pro Stunde 1,2 Pf., die Basis für Akkorarbeit 50,4 für angelernte und ungelernete Arbeiter 43,8 und für angelernte und ungelernete Arbeiterinnen 27,8 Pf.

Legitimationskarten für ausländische Arbeiter.

Auf Grund der bestehenden Vorschriften ist bei Verlängerung der Beschäftigungsgenehmigung innerhalb des Kalenderjahres durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung auch die Gültigkeit der Legitimationskarte entsprechend abzuändern und hiernach der Deutschen Arbeiterzentrale in Berlin Mitteilung zu machen. Diese Bestimmung wird, wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern entnimmt, von einzelnen Polizeiverwaltungen irrtümlich dahin ausgelegt, daß eine noch im vorigen Jahre mit Wirkung für 1925 von den Landesamtsämtern ausgesprochene Verlängerung der Beschäftigungsgenehmigung für ausländische nicht landwirtschaftliche Arbeiter auch die entsprechende Verlängerung der Gültigkeitsdauer der im Vorjahr ausgeteilten Legitimationskarten für 1925 zur Folge habe. Die Polizeibehörden sollen deshalb darauf hinweisen, daß die Legitimationskarte für die genannten Arbeiter stets mit dem 31. Dezember des Ausstellungsjahres ohne Rücksicht auf die Dauer der erteilten Beschäftigungsgenehmigung abläuft, und daß daher in diesem Jahre neue Karten zu beantragen sind.

Glasarbeiterausperrung in Weißwasser O.-L.

Weißwasser O.-L., 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer größeren Aussperrung ist es in der Glasindustrie in Weißwasser O.-L. gekommen. Als die Arbeitgeber bei Ablauf des Lapses am 31. Januar zweimal Verhandlungen ablehnten, kündigten 50 Keschlagmischer, um für sich bessere Abnahmebedingungen zu erlangen. Die Direktion der B. L. G. kündigte darauf den Belegschaften ihrer sämtlichen Werke und sind in Weißwasser O.-L. und Tschernitz O.-L. seit Dienstag, den 17. bzw. Sonnabend, den 21. Februar ungefähr 2000 Glasarbeiter ausgesperrt. Die übrigen Betriebe der Gruppe II (Weißwasser O.-L. und Umgegend) der Glasindustrie haben ihren Belegschaften zu Mittwoch, den 25. Februar, jezt ebenfalls gekündigt und werden, wenn die Aussperrung zur Wahrheit wird, von diesem Tage ab in Weißwasser und Umgebung ungefähr 6000 bis 7000 Glasarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt sein. Unter den Betrieben, die ihrer Belegschaft zum Mittwoch gekündigt haben, befindet sich auch das Dornaport mit rund 2000 Beschäftigten. Der Zweck der Aussperrung soll sein, die 50 Keschlagmischer, von denen ein Teil schon anderweitig arbeitet, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Eine offiziöse Darstellung der Katastrophe.

Essen, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichliche Telegraphenbureau verbreitet eine längere Erklärung, aus der nicht ersichtlich ist, von welcher Seite sie kommt. In dieser Erklärung wird bestritten, daß auf „Minister Stein“ erhebliche Kohlenstaubmengen festgesetzt worden seien. Vielmehr sei der vorhandene Kohlenstaub mit so großen Mengen Gesteinsstaub durchsetzt gewesen, daß eine Explosionsgefahr überhaupt nicht in Frage kommen konnte. Auch dieser Kohlenstaub sei nur vorhanden, weil die Gewalt der Explosion sie in den unteren Teil des Bremsberges geschleudert habe. Weiter bestritt die Zurschrift, daß am Tage vor der Katastrophe durch einen Gebirgsdruck 18 eiserne Stempel verbogen oder zerbrochen worden seien. Die vom Wolff-Bureau verbreitete Erklärung ist jedoch zu: 1. daß im Sammeltransport Bremsberg Stauungen vorhanden gewesen sind, 2. daß Schlagwetter in der Grube festzustellen worden sind, 3. daß ein feldischer Gebirgsdruck einige Kappenstienen am First verbogen hat, wodurch die eine halbe steinfeste Gebirgsmauer in einer Ausdehnung von einigen Metern herausgedrückt wurde.

Trohender Bäckerstreik in Wien.

Wien, 23. Februar. (WILN.) Gestern fand eine Versammlung der Angestellten sämtlicher brotverarbeitender Betriebe statt, in der die Forderung nach einer 10prozentigen Lohnerhöhung nochmals erzwungen wurde. Es wurde beschloffen, den Brotverzeugern ein bis Freitag befristetes Ultimatum zu überreichen; wird dieses nicht angenommen, so drohen die Angestellten mit dem Streik.

Polnisch-französisches Einwanderungsabkommen.

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Arbeitsminister Godart hat in Warschau ein Abkommen unterzeichnet, daß die Einwanderung der polnischen Arbeiter in Frankreich und ihre Arbeitsbedingungen regelt. Sowohl in Paris wie in Warschau sollen besondere Dienststellen geschaffen werden, die die Auswanderung bzw. Einwanderung überwachen. Die Pariser Stelle wird dem Arbeitsministerium eingegliedert werden und sich insbesondere mit der Arbeitsvermittlung befassen und die Anwendung der Sozialgesetzgebung auf die polnischen Arbeiter überwachen. Die Löhne der polnischen Arbeiter sollen denen der französischen angeglichen werden, wodurch insbesondere der Verdrängung der einheimischen Arbeitskräfte durch Polen vorgebeugt werden soll. Auch soll den französischen Arbeitgeber unterlagt werden, französische Arbeiter zu entlassen, um an deren Stelle polnische einzustellen. Weiterhin verpflichtet sich die französische Regierung, für die Naturalisierung der in Frankreich lebenden Polen Erleichterungen zu schaffen. Höchst interessant ist ferner die Bestimmung, wonach den in Frankreich lebenden Polen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihrer militärischen Dienstpflicht in der französischen Armee zu genügen. Da das französische Recht die Einweisung von Ausländern in die Armee untersagt, wird eine Gesetzesänderung vorgenommen werden. Nach weitgehender Bedeutung diesem Vertrage zukommt, läßt sich ermesien, wenn man bedenkt, daß die Zahl der in Frankreich ansässigen polnischen Arbeiter sich auf etwa 250 000 und mit Familien auf 450 000 beläuft.

Deutscher Belegschaftsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, Esplanade 27-28. Diensttag abend 6 1/2 Uhr. In den Arminstr. Kommandantenstraße 36-38. Mitglieder-Versammlung. — Angeordnet: 1. Wahl des Vorstandes, der Belegschaftsmitglieder und der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Stellungnahme zum Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen. 3. Beabsichtigte Angelegenheiten. Erscheinung ist Pflicht. Zur Mitglieder-abgabe: die mit den Beiträgen nicht über 4 Wochen im Rückstand sind, haben Zutritt. Die Belegschaftsmitglieder.

Rechtsanwältin für Politik: Graf Kauter; Wirtschaft: Arthur Grotzmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Grotzmann; Schulfragen: R. G. Götter; Sozial- und Sonstiges: Rich. Kauter; Kunst: H. Götter; Amtlich in Berlin. Verlag: Bruno-Dietrich-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 64, Einbeutstraße 2. Preis 1.00.

SEIT 1869

JUHL
Für Feinsmoker

56 Jahre

reicher Erfahrungen, genaueste Fachkunde und eingehendes Studium geben den aus edelsten ROHTABAKEN gefertigten

JUHL

Zigarren jene Eigenart köstlichen Genußes und anregender Bekömmlichkeit gleichviel ob Konsum- oder Luxuspreisklasse

HERSTELLER: PAUL JUHL TABAKINDUSTRIE-GES. BERLIN-PANKOW

Später Winter.

Zum viertenmal in diesem Winter hat Kälte von 1 bis 2 Grad für kurze Zeit eingesetzt. Zum viertenmal stieg das Thermometer der Hoffnung keuer, die Winterport mit Eiser und Ensigkeit betreiben. Aber jedesmal mußten sie nach 2 oder 3 Tagen einsehen, daß ihre Hoffnung wieder einmal zu Wasser wurde. Schneefall haben wir in diesem Winter in Berlin noch nicht gehabt, und auch im Reich ist bisher verhältnismäßig wenig Schnee niedergegangen. In der Nacht von Sonntag zu Montag hat sich aber nun die Situation plötzlich geändert. Nach den wenigen Flocken Schnee am Sonnabend, der keine Spuren hinterließ auf den Straßen der Großstadt, ist in der letzten Nacht reichlich Schnee gefallen. Schätzten heraus! heißt die Parole der Kinder, und alle Winterportfreunde atmen auf und sind fest davon überzeugt, daß nun endlich, wenn auch spät, ein richtig gehender Winter mit Kälte und Schnee einsehen wird. Das Berliner Wetterbureau, das wir über die Wetterlage und den plötzlichen Wetterumschlag befragt haben, glaubt, daß Kälte und Schnee nur wieder eine vorübergehende Erscheinung sein werden. Eine wesentliche Verlagerung des sogenannten Azorenmaximums, das uns diesen milden Winter gebracht, hat nicht stattgefunden. Es ist nur eine schmale Tiefdruckwelle aufgetreten, in deren Gefolge Kälte und Schnee sind. In fast ganz Ostdeutschland ist ein außerordentlicher Schneefall niedergegangen. Wenn nun allerdings das Tiefdruck anhält, so könnte es nach Ansicht des Berliner Wetterbureaus der Fall sein, daß wir mit einer längeren Kälteperiode zu rechnen haben.

Schlitten heraus! heißt die lustige Parole lustiger Kinder. Freuen kann man sich vielleicht auch mit jenen, die begesserte Anhänger des Winterports sind. Aber in Berlin und in unmittelbarer Nähe von Berlin pflegt ja die Freude am Schnee und am Sport im Schnee nur von kurzer Dauer zu sein, da im Interesse des Betriebes die Schneemassen möglichst bald beseitigt werden müssen.

Das Versteck im Tresor.

Die Archivaliebstahle des Archivars hand.

Wegen jahrelang fortgesetzter Archivaliebstahle wurde, wie wir kürzlich berichteten, der 56 Jahre alte Privatgelehrte Dr. Karl Hauck aus der Halleschen Straße verhaftet, mit ihm auch sein Freund und wissenschaftlicher Mitarbeiter, ein 33 Jahre alter früherer Zuschneider Karl Maria von Hohenlocher.

Schon bei der Verhaftung wurde eine große Menge von Material aus vielen Archiven, zu denen Dr. Hauck als Verfasser eines großen Wertes über deutsche Kultur im Laufe der Jahre Zutritt gehabt hatte, beschlagnahmt. Viele Aufschriften, die Kriminalkommissar Tretlin von Archivermahlungen und Geschäfts- und Privatleuten, denen wertvolle Urkunden usw. angeboten worden waren, in der Folgezeit erhielt, machten es aber gewiß, daß das gefundene Material durchaus noch nicht alles sein konnte, was Dr. Hauck geklaut hatte. Das gab Veranlassung zu weiteren Nachforschungen. In der Behausung von Hohenlocher, der unter dem Namen Baron von Hartenou hauptsächlich als Verkäufer aufgetreten war, fand man nun die Schlüssel zu zwei Tresoren einer Berliner Großbank. Man öffnete die Tresore und fand sie mit weiterem geklauten Material angefüllt. Nun ergab sich, daß auch Dr. Hauck über einen Tresor verfügte. Weil aber zu diesem kein Schlüssel zu finden war, so mußte er mit Gewalt aufgeschlossen werden. Auch hier fand man noch wertvolles Material aller Art, u. a. eigenhändige Briefe, Gläubnerscheine, Telegramme, Stempel ufm. der hohenzollern von Friedrich dem Großen bis zu Wilhelm II. Ein Teil des gesamten Materials war in Altkleider verpackt und sollte angeblich bei der Abfassung der Kulturgeschichte Deutschlands verwendet werden. Dr. Hauck gibt zu, einen Teil der kostbaren Urkunden ufm. aus Archiven entwendet zu haben. Anderes will er von Produktenhändlern und dergleichen gekauft haben, die es bereits zum Einstaempeln bestimmt gehabt hätten. Das Material stammt aus Wien, Darmstadt, Bayreuth und anderen Städten. Es befinden sich darunter eine Krönungsurkunde aus dem 11. Jahrhundert, eine eigenhändige Unterschrift der Königin Luise über ihre Haushaltung, Briefschaften aller Art, u. a. von Blumard, Erlasse und Berechnungen und ein Federlied, mit dem Friedrich der Große geschrieben hat. Nicht ausgeschlossen ist, daß namentlich von Hohenlocher, der auch viel auf Reisen war, auch in anderen Städten, vielleicht aber auch in Berlin an anderen Stellen noch mehr Material verborgen hat. Die Ermittlungen über die Herkunft der einzelnen Sachen erstrecken sich u. a. auch auf das Britische Museum in London und das Vatikanische Archiv in Rom.

Die Siedler rühren sich.

Der unglaubliche Zustand, daß trotz größter Wohnnot die Siedlung in und um Berlin nicht merklich vorwärts kommt, veranlaßt jetzt die Siedlungsvereinigungen, sich in großen Kundgebungen an die Öffentlichkeit zu wenden. So wird die bekannte Gartenstadt Falkenberg bei Grünau am 25. Februar in einer abends 8 Uhr in Steins Bürgergarten in Grünau stattfindenden Versammlung auf die bedrückende Lage hingewiesen, daß die Genossenschaft, obwohl sie über 300 preussische Morgen Siedlungsland verfügt, nicht die Möglichkeit hat, dieses Land mit Kleinwohnungen zu bebauen. In dieser Versammlung werden Dr. Ing. Martin Wagner, Stadtbaurat a. D. Bruno Lott und der Leiter der Siedlerkassen Wohnungsbedrückt Rigge sprechen. Beiläufig legen die Verhältnisse in Zehlendorf. Dort wäre es möglich gewesen, in den letzten Jahren auf Siedlungsland 200 neue Häuser zu stellen (wodurch 200 Wohnungen frei geworden wären), wenn nicht die Bauverordnungen den Bau dieser Siedlungshäuser zu verhindern gewußt hätte. In einer öffentlichen Protestversammlung der Zehlendorfer Siedler gegen diese schmachhaften Zustände, die am 28. Februar im Lindenpark in Zehlendorf stattfinden wird, werden Oberbürgermeister Otto Albrecht und Bürgermeister Viktor Rood sprechen. Die Empörung in der siedlungsfreundlichen Bevölkerung über die weitgehende Unterdrückung der Wohnsiedlung wächst zusehends und wird binnen kurzem zu weiteren Kundgebungen führen.

Das Märchen vom Hundefänger.

Einige Leute, die sich einbilden, ebenso geistreich wie nötig zu sein, schiken uns ob und zu, und natürlich anonym, Briefe, in denen behauptet wird, daß der Hundefänger Marschall der Schwager des früheren Polizeipräsidenten Richter ist. Diese anonymen Subdeleten treffen immer dann bei uns ein, wenn wieder einmal wegen Tollwut mehrere Hunde die Hundepolizei hat verhängt werden müssen. Die Briefschreiber wissen dann natürlich, daß der ehemalige Polizeipräsident Richter die Hundepolizei nur aus dem Grunde angeordnet hat, damit sein Schwager Marschall möglichst große Verdienstmöglichkeiten hat. Bei Licht besehen ist ja diese ganze Angelegenheit zu dumme, als daß es sich lohnte, näher darauf einzugehen. Nur um die anonymen Briefschreiber weiter vor unnötigen Ausgaben für Briefpapier und Briefmarken zu bewahren, sei zunächst festgesetzt, daß Marschall nicht der Schwager des früheren Polizeipräsidenten ist. Außerdem aber mögen sie die Herren Briefschreiber gelast

sein lassen, daß der Polizeipräsident nicht Hundepolizei sperren von sich aus anordnet. Sie erfolgen vielmehr auf Antrag des beamteten Tierarztes.

Eine „Modenschau“ in Moabit. Er liebt die Probierdamen.

Einige Duzend Verkäuferinnen und Manequins der ersten Berliner Modenhäuser gaben sich in Moabit ein Stelldichein, aber nicht, um dem Gericht die neuesten Modenschöpfungen vorzuführen, sondern um als Zeuginnen aufzutreten. Unter dem Zeugeneid war es ihre Aufgabe, festzustellen, ob sie den dem Gericht unter der Anklage des fortgesetzten Diebstahls vorgeführten Kaufmann Otto Hader wiedererkennen.

Hader ist der Schrecken der Modesalons. Seit Jahren beutet er einen besonderen Trick aus. Schon letzmal ist er in Hamburg bestraft worden. Elegant gekleidet erschien er in den Modenhäusern und erklärte, daß er ein Kostüm oder einen Pelz kaufen wolle. Seine Frau werde gleich nachkommen. Zunächst bat er warten zu dürfen. Dem vornehmen Herrn brachte man natürlich kein Mißtrauen entgegen. Nachdem er eine oder zwei Stunden gewartet hatte, verabschiedete er sich mit dem Bedauern, nicht länger warten zu können. Wenn seine Frau kommen sollte, solle man sie benachrichtigen, daß er dringende Geschäfte habe und mit ihr ein andermal wiederkommen werde. Bald nach dem Weggang des angeblichen Käufers stellte es sich heraus, daß irgendein wertvolles Kostüm oder Pelzstück verschwunden war. In Hamburg war es ihm sogar einmal gelungen, drei seidene Kostüme unter seinem Pelz verschwinden zu lassen. Hader war damals gefänglich, wollte aber nicht als ein Dieb im gewöhnlichen Sinne gelten, sondern behauptete, daß ihn eine perverse Neigung zum Besuch der Modesalons treibe. Er habe den Drang, die Manequins bei der Vorführung der neuesten Modelle in Bewegung zu sehen. Dann aber erlaßt ihn plötzlich der innere Drang, die kostbaren Modeschöpfungen an sich zu bringen. Dieser Behauptung widersprach aber das nachträgliche Verhalten Haders, denn er hätte gleich darauf seine Beute zu Geld gemacht. Nachdem der Angeklagte seine letzte Gefängnisstrafe verbüßt hatte, wandte er sich nach Berlin. Die Diebsfahrten nahmen hier einen solchen Umfang an, daß der Verband der Spezialgeschäfte sich genötigt sah, vor dem Schwindler unter genauer Angabe seines Signalements zu warnen. Als er eines Tages im November in einem Modesalon an Kurfürstendamm in derselben Weise erschien, um auf seine Frau zu warten, erinnerte sich der Geschäftsinhaber der Warnung und ließ ihn während der zwei Stunden, die er angeblich auf seine Frau wartete, durch eine junge Verkäuferin beobachten. Inzwischen aber rief er das Modeschloß von Klara Schulz an, dem kurz vorher von dem beschriebenen Schwindler ein Besuch abgeflattet worden war und wobei ein wertvolles Pelzstück in Verlust gekommen war. Der sofort mit der Verkäuferin herbeigekommene Geschäftsinhaber erkannte in Hader auch den „Kunden“ wieder und ließ ihn verhaften. Hader hatte sich nun wegen 16 Fällen des Diebstahls zu verantworten. Er leugnete jedoch jede Schuld und behauptete, daß eine Personenvermehrung vorliege. Die als Zeuginnen vernommenen Verkäuferinnen erkannten ihn jedoch bis auf einige als den Täter wieder. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten.

In den Festhöfen des Charlottenburger Rathauses ist eine Ausstellung eröffnet, über die man als Motto die Worte: „Arbeit ist des Friedens Hort, Arbeit macht die Völker frei“ aus Heinrich Seidels schöner Hymne der Arbeit“ schreiben könnte. Das Berufsamt Berlin-West, das die Bezirke Charlottenburg, Spandau und Tiergarten umfaßt, zeigt in einer außerordentlich reich besetzten Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, was der Fleiß der jungen Menschen unter der Leitung gewissenhafter Meister zu leisten vermag. Fast alle Gewerbe sind hier mit Lehrlingsarbeiten vertreten: Schloßer, Maler, Tapezierer, Klempner, Schneider, Glaser, Tischler, Schuhmacher, Buchbinder, Elektrotechniker und Friseur. Dazu kommen Arbeiten der Schüler von Fach- und Fortbildungsschulen. Man sieht mehrere besonders schöne Stücke, auch ein paar Arbeiten von Gesellen, und als Sonderausstellung eine Ausstellung des Berner-Werkes (Siemens u. Halske). Am Vormittag wurde die Ausstellung mit einer Ansprache des Charlottenburger Oberbürgermeisters eröffnet. Die Ordnungsmuster waren mit den Fächern erschienen und markiert feierlich auf. Nachher aber, bei Besichtigung der Ausstellung, konnte man mit Wohlgefallen feststellen, wie eng und innig zum Teil der Kontakt zwischen Meister und Lehrling ist, wie Vertrauen herüber und hinüber geht, das allein helfen und bewirken kann, daß Arbeiten entstehen, die mit Liebe angefertigt sind. Der Besuch der Ausstellung ist kostenlos. Sie ist von 11 bis 5 Uhr bis zum Sonntag, den 8. März, geöffnet. Ihr Besuch kann jedem, der Interesse für unser Handwerk hat, auf das angelegentlichste empfohlen werden.

Vortragsarbeit im Jugendamt.

Neben allerlei materiellen vorbeugenden und fürsorgeteichen Maßnahmen liegt den Jugendämtern — und zwar der Jugendpflege — noch die besondere Aufgabe ob, auch in der Frage der Jugendbildung neue und gute Wege zu zeigen. Die behördliche Jugendbildungsarbeit beruht außer in geistlichen und künstlerischen Veranstaltungen für die Jugend in der Hauptsache noch in der Festlegung guter Vorträge. Auf diesem Gebiete hat nun die Abteilung Jugendpflege des Jugendamts Friedrichshain einen Weg eingeschlagen, der durchaus gangbar ist und bisher außerordentlich gute Früchte gezeitigt hat. Für die Jugendlichen des Bezirks, die in Jugendvereinen zusammengefaßt sind, werden in jedem Jahr einige Vorträge festgesetzt, deren Inhalt direkt aus dem Leben der Jugend im allgemeinen und der Jugendbewegung im besonderen herausgegriffen ist. An diesen Vorträgen nehmen Jugendliche aus den verschiedensten weltanschaulichen und konfessionellen Jugendverbänden teil. Es hat sich dabei oft eine gute Zusammenarbeit ergeben, die natürlich einen politisch neutralen Charakter tragen mußte. Am Donnerstag, dem 22. Februar, begann im Jugendheim Eberthstr. 12 eine neue Vortragsreihe von vier Abenden mit dem Thema: „Jugend und Gemeinschaft“. Aber nicht nur die Durchbildung der Jugendlichen vom 14. bis etwa 20. Lebensjahre kann allein Aufgabe behördlicher Jugendbildungsarbeit sein. Insbesondere ist eine derartige Arbeit auf die Jugend bis zum 14. Jahre auszuweihen. Auch hierin ist im Jugendamt Friedrichshain einiges geleistet, das Allgemeininteresse beansprucht. Neben der talfräftigen Unterstützung beim Aufbau der Lesestube des Orens im Jugendheim Lützner Straße 4/5, die einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen hat, schloß man mit der Sternwarte in Treptow Verträge, die eine Festlegung von Lichtbild- und Filmvorträgen für längere Zeit gestatten. So finden namentlich in der Treptow-Sternwarte zu besonders günstigen Preisen durchschnittlich in der Woche drei Filmvorträge für die Kinder des Berliner Ostens statt, die insgesamt einen Besuch von rund 1000 Kindern aufweisen. Diese Vorträge fanden in den Schulen des Bezirks starken Anklang. Es wäre nur zu wünschen, wenn sich auch in weiteren Kreisen eine derartige Jugendbildungsarbeit mit aller Energie durchführen ließe.

Ein „falscher Blinder“.

Ein jehender „Blinder“ und sein Führer wurden gestern von der Streifenbeamenschaft Witte entlarvt und festgenommen. Die beiden, ein 41 Jahre alter Wilhelm Brünchner und ein 48jähriger Friedrich Köde waren den Beamten schon wiederholt ausgefallen, wenn sie nach Zweize zu Kreuzt zogen, um wilde Gassen entgegen-

zunehmen. Brünchner war der Blinde, Köde führte ihn. Die Beamten stellten fest, daß ihr Ausgangspunkt stets ein Lokal in der Bernauer Straße war. Als sie sich von dort aus gestern abend um 7 1/2 Uhr wieder auf den Weg machten, folgten sie und beobachteten nun, das Brünchner in ein Haus hineinging und sich für die Bettelstunde als Blinder erst fertig machte. Er kam mit einer großen Hornbrille und auf einen Stock gestützt wieder heraus, und nun trat Köde seine Führerrolle an. Nachdem sie etwa 40 Bekale abgegrast hatten, nahmen die Beamten beide fest, fanden aber bei ihnen nur noch 4 Mark. Wo sie das übrige Geld gelassen haben, konnte nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen ergaben, daß Köde und Brünchner, der sehr gesunde Augen hat, ihre Beute jedesmal in ihrer Stammkneipe zu vertrinken pflegten, soweit sie es nicht schon während der Bettelfahrt in anderen Lokalen getan hatten.

Granatenexplosion in Schwanebeck.

Zwei Arbeiter getötet, einer verletzt.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern in dem Spandauer nachbarten Orte Schwanebeck. Dort wurden zwei Landarbeiter von einer Granate zerrissen und ein dritter schwer verletzt. In Schwanebeck war während des Krieges ein großes Munitionslager, aus dem jedenfalls diese Granate stammt, untergebracht. Die Landarbeiter fanden sie beim Streuen von Dünger auf einem Acker. Es handelte sich um eine 10,5 Schwefelgranate. Mit einem Stabstück, das die Leute ebenfalls auf dem Felde fanden, verletzten sie die Granate aufzukloppen. Dabei explodierte diese und die umherliegenden Sprengstücke töteten den Arbeiter Hajilich, während der Arbeiter Dilsch so schwer verletzt wurde, daß er im Ranener Krankenhaus bald nach seiner Einlieferung starb. Der dritte Arbeiter Sudol erhielt leichtere Verletzungen, so daß die Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten.

Um die Pachtliche Tiergarten.

Das Urteil in dem Pachtlichungsprozess, der seit mehreren Tagen das Schöffengericht Witte im Schwurgerichtssaal beschäftigt, wird am Montag gefällt werden. Nachdem der Staatsanwalt die Strafanträge begründet hatte, wurde nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten und es wurde dem Gericht durch Kriminalkommissar Zipping Aufschluß über eine weitere Pachtlichungsaffäre gegeben, in die die Hauptangeklagten, Polizeiaffizienten Schulz und Jerrath, wiederum mit verwickelt sind und bei der auch Feldmann wieder die Hand im Spiel hat. Es sind Vorbescheidungen zur Pachtlichung in derselben Weise, wie bei dem Revier 2 auch beim Revier 10 in der Wadzeststraße hergestellt worden, die genau so auf Personen lauten, die gar nicht in dem Revier wohnten. Auf Grund dieser Vorbescheidungen haben Jerrath und Schulz Pässe ausgestellt. Es sind in dieser Sache die Polizeibeamten Kraszig und Heine verwickelt. Die Staatsanwaltschaft hat auch bereits Anklage erhoben. Der Angeklagte Schulz gab zu, daß die Vorbescheidungen des Reviers 10 von Feldmann zur Pachtliche Tiergarten gebracht worden sind.

Neue Einbahnstraßen.

Der Polizeipräsident hat eine neue Polizeiverordnung erlassen, die die Änderung des Fahrverkehrs in der Kaiserstraße, Kleinen Frankfurter Straße, Jost-, Plin- und Ohmstraße betrifft, und die am Sonnabend, den 28. Februar, in Kraft treten soll. Wir entnehmen der Verordnung folgendes: Einbahnstraßen sind: 1. die Kaiserstraße von der Alexanderstraße bis zur Kleinen Frankfurter Straße, 2. die Kleine Frankfurter Straße von der Kaiserstraße bis zur Landsberger Straße, 3. die Joststraße von der Neuen Königstraße bis zur Wendeisohnstraße, 4. die Plinstraße von der Elsbornstraße bis zur Potsdamer Straße, 5. die Ohmstraße von der Köpenicker Straße bis zur Rungestraße. Zwischenhandlungen gegen diese Polizeiverordnung sollen, sofern nicht nach anderen Gesetzen oder Verordnungen eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafen bis zu 150 M. und im Falle des Unvermögens mit entsprechender Haft bestraft werden.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung konnte am Freitag auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte der Vorstand im Einverständnis „Orpheum“ eine Fete veranstaltet, die durchweg künstlerischen Charakter trug. Das Berliner Volkstheater, das Vierermanns Cello-Trio, Regitationen, sowie Darbietungen des Doppel-Quartetts des Vereins trugen zum Gelingen der Fete bei. In Rühms Prolog, der von Herrn Träger gesprochen wurde, begeisterte vor allem die Schlussabingung: „Ja, Volk, bereue — nicht was du getan, — Was sträflich du hast unterlassen.“ Das Künstlerpersonal war ausnahmslos auf der Höhe seines Könnens. Alle Kräfte wurden so stark applaudiert, daß wiederholtes Erscheinen und einige künstlerische Besorgen dankbar geleistet wurden. „Kommt ihr Spieler“, (Reigenlied aus dem Jahre 1650) — „Einheitslied“ (1540) und besonders: „Dann ich weiß, was du weißt“ — vorgegetragen von den Damen Kullich, Wiskop und Rühle, sowie die Schlusslieder des Doppel-Quartetts des Vereins, gaben dem Abend eine stimmungsvolle Wehe.

Ein jählicher Gastleistungsreisler treibt in Lichtenberg sein Unwesen. Er besucht namentlich Geschäfte und spiegelt den Inhabern vor, daß er von der Gosanstadt beauftragt sei, die Befestigungseinrichtungen nachzusehen. Hierfür läßt er sich nicht nur bezahlen, sondern er stellt auch noch, was er heimlich einstecken kann. Der Schwindler ist etwa 30 Jahre alt und 1,68 Meter groß, hat etwas ergrautes Haar und einen dunkelblonden gestuften Schnurrbart und trägt ein dunkles Jackett mit Weste, eine gestreifte Hose, einen dunklen Ueberzieher und gestickte schwarze Schnurschuhe. Bei sich hat er zwei alte Taschen mit allerlei Werkzeugen.

Wer ist österreichischer Staatsangehöriger? Zur Behebung von Zweifeln, ob ein Ausländer als polnischer oder österreichischer Staatsangehöriger anzusehen sei, hat das Berliner österreichische Generalkonsulat mitgeteilt, daß als österreichische Staatsangehörige nur solche Personen zu betrachten seien, die sich mit einem von einer österreichischen Inlandsbehörde oder österreichischen Vertretung im Auslande ausgehenden gültigen Reisepaß oder einem Heimatschein einer Gemeinde, die im Gebiete der heutigen Republik Oesterreich gelegen ist, ausweisen können. — An der Verpflichtung des Ausländers, sich den deutschen Behörden gegenüber durch einen Paß oder Vorkauf zu legitimieren, wird ierdurch nichts geändert.

Vier Feuerwehrlente durch Starkstrom getötet.

In Eisenwert Genzen bei Sargans in der Schweiz kam bei einer Feuerwehrrübung mit neuem Feuerwehrmaterial eine Leiter mit der Starkstromleitung in Berührung. Vier Feuerwehrlente wurden sofort getötet. Ein fünfter Feuerwehrmann wurde leicht verletzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis Lichtenberg. In einem Vortragsabend der Freien Schulgemeinde Lichtenberg, der heute, Montag abend 7 1/2 Uhr, in der Reichshalle, Marktstraße, stattfand, sprach Herr Hauptstadtschulrat Dr. Richter über das Thema: „Schulische Arbeit im Kampf um einen neuen Menschen“. Alle Gäste, Lehrer und Freunde der Schule sind herzlich eingeladen.

